6. Jahrgang — Nr. 180 Freitag, 4. August 1922 Einzelnummer 2.— Mark.

Volksstimme

Sozialdemokratische Partei-Tageszeitung für Halle
und den Saalkreis sowie die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga, Zeitz-Weißenfels, Naumburg Eisleben und die Mansfelder Kreise.

Redaktion in Halle, Gr. Brauhausstraße 17, Fernruf: Nr. 6802. Eisleben 302. Sprechstunden unserer Eislebener Vertretung wochentags von 4—6 Uhr nachmittags. Die „Volksstimme" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, mit den wöchentlich wechselnden Beilagen: „Die Frauenwelt" und „Für die arbeitende Jugend." Sämtliche Postämter, Filialexpeditionen und die Hauptgeschäftsstelle nehmen Bestellungen an. Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Die „Volksstimme" verfügt über einen bestens ausgebauten Berichterstattungsdienst in allen Orten. Meldungen von Bedeutung werden an Werktagen zu jeder Tageszeit entgegengenommen.
Sprechstunde der Redaktion: vormittags von 11—12 Uhr.

Verlag in Halle a. S., Große Ulrichstraße 27. Fernruf 5407. Telegrammadresse „Volksstimme Halle". Postscheckkonto 11092 Erfurt. Geschäftsstelle in Eisleben: Bahnhofstr. 22. Fernruf-Nummer 302. Bezugspreis: wöchentlich 9.50 M.; monatlich 38 M. inkl. Zustellungsgebühr. Durch die Post bezogen oder für Selbstabholer 35.00 Mk. einschließlich Nebengebühr. Anzeigenpreise: im Anzeigenteil 3,— Mk., jeder Millimeter u. Spalte; desgleichen als Reklame im Textteile 12.— Mk. Betriebsstörungen technischer oder anderer Art entbinden in allen Fällen von der rechtzeitigen Aufnahme von Anzeigen sowie von der pünktlichen Zeitungslieferung.
Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer morgens 9 Uhr.

Lerchenfelds Antwort.

Berlin, 3. August.

Der bayerische Gesandte v. Preger hat heute mittag um 12 Uhr dem Reichspräsidenten folgende Note der bayerischen Regierung übergeben:

Hochverehrter Herr Reichspräsident!

Euer Hochwohlgeboren gefälliges Schreiben vom 27. Juli 22 regt eine Verständigung über die schnelle Beilegung des Streitfalles zwischen dem Reiche und Bayern aus Anlaß der gesetzgeberischen Maßnahmen zum Schutze der republikanischen Staatsverfassung an. Zum Wohle unseres deutschen Volkes und Landes wünschen Sie, die Aufhebung der bayerischen Verordnung vom 24. Juli 1922 auf Grund des Artikels 48 Absatz 4 Satz 2 der Reichsverfassung vermieden zu sehen.

Für diese aus staatsmännischen Erwägungen entspringende Auffassung weiß Ihnen die bayerische Regierung aufrichtigen Dank; denn auch sie erblickt in der Ausschaltung des Zwanges die einzige Möglichkeit, den Streitfall ohne Schaden für das deutsche Vaterland zu schlichten.

Wenn das Schreiben vom 27. Juli 1922 den Standpunkt vertritt, daß die bayerische Verordnung der verfassungsmäßigen Grundlage entbehre, so vermag ich dem nicht beizupflichten. Ich muß mir an dieser Stelle verfassungsrechtliche Ausführungen versagen, um so mehr, als eine bloß formal-rechtliche Entscheidung keine Lösung einer Frage bringen könnte, deren

wesentliche Bedeutung auf politischem Gebiete

liegt. Die Verordnung ist eine Abwehrmaßnahme, zu der die bayerische Regierung als die verantwortliche Hüterin der verfassungsmäßigen Ordnung innerhalb ihres Gebietes durch die klare Erkenntnis eines staatlichen Notstandes gezwungen worden ist.

In der Tat sind trotz ihrer Vorstellungen und Warnungen wichtige bundesstaatliche Hoheitsrechte durch die neuen Gesetze beeinträchtigt worden. Diese Notlage ergibt sich aber auch aus der tiefgehenden Erregung weitester, von treuer deutscher Gesinnung erfüllter Kreise des bayerischen Volkes über den Vollzug dieses Gesetzes, eine Erregung, die fortgesetzt in zahlreichen Kundgebungen von Angehörigen aller Schichten und aus allen bayerischen Gebieten in Süd und Nord wie aus der Pfalz Ausdruck findet. Sollte die Verordnung, sei es schlechthin beseitigt, sei es durch eine unbefriedigende, den Keim neuer Verwicklungen bergende Regelung ersetzt werden, so würde in ganz Bayern ein Zustand der Beunruhigung eintreten, für den die bayerische Regierung auch vom Standpunkte des Reichswohles die Verantwortung nicht übernehmen könnte. Vielmehr erfordert es der Ernst dieser Lage, vom Standpunkt der politischen Betrachtung, daß eine Rechtslage geschaffen wird, die auch unseren Staatsnotwendigkeiten entspricht. Hierzu die Hand zu bieten, ist die bayerische Regierung jederzeit bereit; sie hat den dringenden Wunsch, über die Beilegung des jetzigen Falles hinaus die Wurzel künftiger Konflikte zu beseitigen und damit den Beziehungen zwischen Reich und Ländern dauernd zu dienen.

Die Stimmung des bayerischen Volkes

wird hauptsächlich von der Besorgnis geleitet, die Weimarer Verfassung könnte so ausgelegt werden, als ermögliche sie die schrittweise Beseitigung der Hoheitsrechte, ja der Staatlichkeit der Länder. Sie haben, sehr verehrter Herr Reichspräsident, sowohl bei Ihrem letzten Aufenthalt in München wie auch in Ihrem Schreiben den Entschluß, die Staatlichkeit der Länder zu schützen, klar ausgesprochen. Das bayerische Volk erkennt dies mit Befriedigung an und vertraut, daß sich mit Ihrer tatkräftigen Hilfe ein Weg finden möge um eine entsprechende Sicherheit für die Zukunft zu erhalten, und zwar durch Vorschriften, dee eine dauernde Bürgschaft dafür bieten, daß

Hoheitsrechte der Länder nicht ohne deren Zustimmung beseitigt oder eingeschränkt

werden können.

Zum Schluß **darf ich der Ueberzeugung Ausdruck verleihen, daß gerade die Not der Gegenwart und des staatlichee Lebens gebieterisch dazu führen sollten, das ganze deutsche Volk in seinen einzelstaatlichen Gruppen und aus eigener Gesinnung heraus zu freudiger Mitarbeit an den Aufgaben des Staates heranzuziehen. Regierung und Volk in Bayern sind auch ihrerseits ernstlich gewillt, das Deutsche Reich vor Erschütterungen zu bewahren, die zu vermeiden gerade in dieser Zeit außenpolitischer Spannung gemeinsame Pflicht ist.**

Mit der Versicherung **meiner ausgezeichnetsten Hochschätzung** bin ich

Ihr sehr ergebener
gez.: Hugo Graf Lerchenfeld.

*

Wir enthalten uns mit Rücksicht auf die im Augenblick wohl noch nicht endgültig feststehende Haltung des Reichspräsidenten jedes Kommentars zu der Lerchenfeldschen Antwortnote und möchten nur soviel bemerken, daß sie in ihrer vorliegenden Form für Berlin natürlich nicht annehmbar ist. Der Reichspräsident hat, wie aus der nachstehenden Meldung hervorgeht, die Absicht, mit Lerchenfeld persönlich in Berlin zu verhandeln, da es Ebert neben der Wahrung der Verfassung in erster Linie darauf ankommt, angesichts der schwierigen außenpolitischen Lage Deutschlands verschärfte innere Konflikte nach Möglichkeit zu vermeiden.

*

Die Einladung der Reichsregierung an den bayerischen Ministerpräsidenten zu persönlichen Verhandlungen in Berlin ist bereits am Donnerstag nachmittag nach München abgegangen. Am Freitag vormittag wird die Reichsregierung zu einer Kabinettssitzung zwecks Besprechung der Antwort des Grafen Lerchenfeld auf den Brief des Reichspräsidenten zusammentreten.

Berlin, 4. August. Wie WTB. hört, wird der bayrische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld, der vom Reichspräsidenten im Einvernehmen mit dem Reichskanzler eingeladen wurde nach Berlin zu kommen, um in Verhandlungen mit der Reichsregierung einzutreten, am Sonnabend in Berlin eintreffen. Der Reichskanzler hat die Reichsminister Geßler und Fehr, die zurzeit ihren Urlaub in der bayrischen Heimat verbringen, gebeten, an den Verhandlungen in Berlin teilzunehmen. Vor ihrer Reise nach Berlin werden die beiden Reichsminister Gelegenheit nehmen, den Grafen Lerchenfeld in München zu besuchen.

Poincares Absichten.

Beschlagnahme von zehn bis zwölf deutschen Finanzämtern. — „Märtyrer" Stinnes. — Desorganisation der deutschen Industrie.

Am Sonnabend läuft die Frist ab, die der französische Ministerpräsident der Reichsregierung zur Beantwortung seiner letzten Note gestellt hat. Die Zeit von der Antwort der Note bis zu der genannten Frist hat Poincaré eifrig benutzt, um seine ihm zur Seite stehenden Journalisten von Frankreichs „Maßnahmen" zu unterrichten. Man spricht von Sanktionen, die den Besitz im Rheinland und im Elsaß treffen, und die sich **hauptsächlich auf zehn bis zwölf deutsche Finanzämter beziehen.** So werden Stinnes in Gemeinschaft mit Thyssen, Krupp, Haniel, Glöckner, Rheinische Stahlwerke usw. als die kommenden „Märtyrer" genannt. Insgesamt sollen die Pläne zu dem Zwecke gehegt werden, Deutschland zu „gutem Willen" zu bringen, sich in einer „völligen Desorganisation" der deutschen Industrie und einer völligen Absperrung des Ruhrgebietes und des Rheinlandes auswirken.

Nach allen erlebten Drohungen von Paris aus vermag die vorstehende Kanonade neuer Gewaltpläne in Deutschland kaum noch Eindruck zu erwecken. Das gleiche ist von den Verbündeten Frankreichs anzunehmen, da wir uns schlecht denken können, daß sie sich die von Herrn Poincaré angemaßte Vertretung ihrer Interessen gefallen lassen werden.

*

Der kluge Herr Poincaré hofft wahrscheinlich durch eine Desorganisation des deutschen Finanz- und Wirtschaftswesens die deutsche Zahlungsfähigkeit zu erhöhen und Frankreich die gewünschten Goldmilliarden zu sichern. Dem französischen Volke aber — einschließlich seiner Arbeiterschaft — wollen wir verraten, daß es sich als Kulturnation selbst richtet, wenn es sich von einem haßgeblendeten Fanatiker führen läßt, der mit grober Faust auch die letzte Quelle verstopft, aus der eine angemessene Reparationshilfe fließen konnte.

Deutschlands Verteidigung im englischen Unterhaus.

Rede des englischen Schatzkanzlers.

Die Leistungen Deutschlands seit dem Waffenstillstand. — Der „Vergleich" mit 1871. — Der Glaube an Deutschlands guten Willen. — Der Fehler der Strafmaßnahme gegen Deutschlacd. — Lloyd George schwankt zwischen Kompromiß und Bruch.

London, 3. August.

Im Unterhaus gab der Schatzkanzler eine Uebersicht über die bisher von Deutschland seit dem Waffenstillstand gemachten Leistungen:

Barzahlungen an die Reparationskommission 77 Millionen Pfund Sterling,

örtliche Zahlungen 30 Millionen Pfund Sterling,

Wert der abgelieferten Schiffe und der Naturalleistungen 166 Millionen Pfund,

Regierungseigentum im abgetretenen Gebiet (Polen, Danzig, Tschechoslowakei) 125 Millionen Pfund,

Saarbergwerke etwa 23 Millionen Pfund, zusammen 415 Millionen Pfund Sterling (8 Milliarden 300 Millionen Goldmark).

Nicht eingerechnet seien die Gebiete, die an andere Staaten abgetreten wurden. Von diesen 415 Millionen Pfund habe Großbritannien 56 Millionen erhalten, **die so gut wie ganz für die Besatzungsarmee verwendet seien.** Die Privatschulden gehörten nicht zum Konto Reparation. **Ihre Zahlung beeinflusse aber die Fähigkeit der deutschen Regierung, auswärtige Zahlungsmittel für die Reparationsleistungen zu finden.** Bisher seien 38 Millionen Pfund eingegangen, wovon Großbritannien erhalten habe 22 Millionen, Frankreich 12 Millionen, Belgien 2½ Millionen. **Noch zu bezahlen seien 35, davon 12½ Millionen an England.** Die in der Presse aufgetauchte Behauptung, die Aktion der französischen Regierung bilde eine Antwort auf die Balfournote, sei unrichtig. Das französische Ultimatum sei ergangen, mehrere Tage bevor die Balfournote bekanntgeworden sei. Es werde vielfach die Frage aufgeworfen, wie es komme, daß Deutschland nicht imstande war, mehr als den genannten Betrag zu zahlen. Zeitweilig werde dabei als Vergleich die Entschädigungszahlung angeführt, die Frankreich nach dem Kriege zwischen 1871 und 1873 aufgebracht habe. **Beide Fälle seien verschieden.** Frankreichs auswärtige Finanzen seien intakt geblieben. Frankreich war imstande, seine Anleihen von anderen Ländern zu erhalten, und habe tatsächlich während des genannten Zeitraumes 71 Millionen Pfund Sterling aufgebracht. Vor allen Dingen habe Frankreich 1872 und 1873 eine sehr gute aktive Handelsbilanz gehabt. **Mit Deutschland stehe es in dieser Beziehung gerade umgekehrt.** Im Verlaufe des Krieges seien die auswärtigen Finanzen und die Kapitalanlagen beschlagnahmt und durch den Friedensvertrag konfisziert worden. Seine Kapitalanlagen in neutralen Ländern seien durch Beschaffung von Lebensmitteln und Rohmaterialien während des Krieges so gut wie erschöpft gewesen. Die Bestimmungen über die Kapitalien hätten es Deutschland unmöglich gemacht, eine Anleihe aufzunehmen. Die Deutschland verbliebenen Geldquellen seien nach dem Krieg sehr in Anspruch genommen worden durch Reparationszwecke. Deutschland habe 250 Millionen Pfund Sterling größtenteils für Lebensmittel und Futterstoffe ausgegeben, 50 Millionen davon seien den deutschen Goldvorräten entnommen worden, 10 Millionen aus Wertpapieren, und was besonders wichtig sei, 190 Millionen seien erlangt worden durch zeitweilige Kredite und durch den Ankauf von Wechseln. Dies schließe den Verkauf von enormen Summen deutscher Mark in sich. Hinzukomme, daß große Kapitalien in deutscher Mark beständen, die dazu führten, daß große Mengen davon sich in ausländischen Händen befänden, die in der Zeit der kritischen Periode auf den Markt geworfen wurden. Deutschland habe während der genannten Periode mehr importiert als exportiert. Das Ergebnis sei gewesen, daß immer mehr Papiergeld ausgegeben und der Wert dieses Geldes immer mehr gesunken sei. Die deutsche Kapitalanlage im Auslande überschreite vermutlich nicht den Betrag von 10 Millionen Pfund Sterling. Bis zu einem gewissen Grade war Deutschland an seinem Unglück selbst schuld, 1. infolge seiner Finanzpolitik während des Krieges (Aera Helfferich), 2. habe es versucht, das Defizit seines Budgets durch Druck von Banknoten auszugleichen. England habe deswegen oft Vorstellungen bei Deutschland erhoben, und seit Januar d. J. sei in dieser Beziehung eine Besserung der Lage des deutschen Budgets wahrzunehmen. Er sei nach reiflicher Ueberlegung der Ansicht, daß Deutschland eine beträchtliche Reparationssumme zahlen könne. **Zweifellos werde Deutschland selbst den Wunsch haben, eine vernünftige Reparationssumme zu zahlen, die seiner Leistungsfähigkeit entspreche, aber im Augenblick sei ein Zahlungsaufschub erforderlich. Mehr könne er im Augenblick nicht sagen.**

Schließlich wandte sich der Schatzkanzler der Frage der interalliierten Schulden zu und sagte, er wolle im Zusammenhang mit der Balfournote nochmals betonen, daß England seine Verpflichtungen gegenüber Amerika anerkenne und nicht beabsichtige, sich ihnen in irgendeiner Form zu entziehen. Gleichzeitig sei man in England nicht blind gegenüber der Schwierigkeit, die die gegenwärtige Verschuldung für die einzelne Nation bedeute. **Es gebe kein größeres Hindernis für die Wiederherstellung der Welt als die Ausdehnung dieser Schulden.** Die gegenseitige Annullierung der Schulden werde der erste Schritt sein zum Wiederaufbau der Welt. England könne aber in dieser Beziehung nicht allein vorgehen und nicht die Lage seiner Bürger vergessen.

Hierauf ergriff Asquith das Wort. Er sagte u. a. **die Reparationen müßten auf das notwendige Maß herabgesetzt werden. Das Problem erfordere eine schnelle Regelung. Andernfalls werde Deutschland mit schnellen Schritten dem Bankerott entgegengehen.** Lloyd George sagte, er freue sich, daß Poincaré nach London komme, um seine Vorschläge der Regierung zu unterbreiten, und gab zu, daß die Alliierten, wenn Deutschland zu hart bedrängt würde, möglicherweise nichts erhalten würden und daß sich Deutschland in die Hände der Reaktionäre oder Kommunisten werfen würde. Es würde ein Irrtum sein, wegen dieser Gefahr seine gerechten Ansprüche fahren zu lassen, und er weise auf die gefährlichen Folgen hin, die eine Unterschätzung von Deutschlands Zahlungsmöglichkeit mit sich brächte. Wir müssen — sagte er — fair gegen Deutschland, gerecht gegen Frankreich und auch gerecht gegen unser eignes Volk sein.

Asquith schlug vor, daß **England auf alle ihm geschuldeten Erträge verzichten solle.** Ein solches Verfahren würde geschäftsklug sein. Lord Robert Cecil erklärte, es sei ein grundlegender Fehler gewesen, die Reparationen als eine Strafe Deutschlands, anstatt sie als eine Entschädigung für die Alliierten zu behandeln. Hierauf ergriff Lloyd George das Wort. Er sagte, die Regierung sei in zwei Richtungen kritisiert worden. Erstens wurde verlangt, daß sie sich Frankreich an die Seite stelle, und zweitens, daß sie Frankreich bewege, nicht so hart auf Deutschland einzuwirken. Diese beiden Arten von Politik seien nicht vereinbart miteinander. Die Lage sei so, daß es sich nicht um eine Verhandlung zwischen der britischen und der deutschen Regierung handle. Es seien Verhandlungen mit vier Alliierten. Man könne versuchen, eine Politik durchzudrücken, **aber es werde ein Punkt kommen, wo nur die Wahl zwischen einem Kompromiß und einem Bruch bleibe.**

*

Die englische Unterhausdebatte ist ein bedeutender Markstein in der Geschichte der Reparationspolitik. Wenn auch die Zahlen, die der Schatzkanzler angegeben hat, keineswegs die vollständige Summe ausdrücken, die Deutschland seit dem Waffenstillstand an Geld- und Sachleistungen gezahlt hat, die beschlagnahmten Kolonien u. a. m. sind liebevoll unterdrückt), so liegt doch in der Erklärung Sir Robert Hornes die Absicht ausgedrückt, das englische Parlament darüber zu unterrichten, **daß Deutschland im Gegensatz zu den Behauptungen Poincarés nicht der böswillige Schuldner ist, als der er von der französischen Hetze hingestellt wird, die auch in der Londoner „Times" sowie in der „Daily Mail" ein lebhaftes Echo findet. Die Rede des Schatzkanzlers,** die nebenbei bemerkt, eine schallende Ohrfeige **für den** Finanzbajadeur Helfferich („Wir werden das Bleigewicht der Milliarden unseren Feinden an die Füße hängen") enthält, ist eine Rechtfertigung für die letzte **deutsche Note an Frankreich** bezüglich der Ausgleichszahlungen. **Hornes Aeußerungen, wie die seiner Nachredner werden nach unserer Ueberzeugung dazu bei-**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220804-13/fragment/page=0001

tragen, der deutschen Regierung die zum Sonnabend fällige Antwortnote an Poincaré zu erleichtern.

Die für viele unverständliche Zwiespältigkeit der Haltung der englischen Regierung in der Reparationsfrage Frankreich gegenüber erläuterte Lloyd George sehr fein, indem er das „Geheimnis" mit den Worten erklärte, wir kommen immer wieder an einen Punkt, wo es entweder Kompromiß oder Bruch heißt. Trotz aller Widerstände gegen die Art der gegenwärtigen Reparationspolitik scheint es dem englischen Premier im wirtschaftlichen Interesse Englands immer noch ratsamer, vorläufig das Kompromiß dem Bruch mit Frankreich vorzuziehen.

Die nächste Frage heißt: „Wie lange noch?

Der „schlechte Wille".

Die Behauptung Poincares vom „Schlechten Willen" Deutschlands ist so alt wie der Versailler Vertrag und wird jedenfalls erst mit Poincares Tod begraben werden. Man muß sich also schon damit abfinden, wenn auch die Herrn Poincare nahestehende Presse augenblicklich wieder alles Beweismaterial aufbietet, um Deutschlands Selbstschuld an den sich zurzeit ergebenden Schwierigkeiten festzustellen. Vor allem wird augenblicklich in der französischen und leider auch in einem Teil der belgischen Presse behauptet, daß die Reichsregierung den Ausgleichsschuldnern gestattet habe, ihre Schuld durch Zahlung des bloßen Vorkriegskurses abzudecken und daß darin die Schwierigkeiten bei der Erledigung weiterer Ausgleichszahlungen zu suchen sind. In Wirklichkeit beruhen die Schwierigkeiten darauf, daß zur Erfüllung der nach dem Friedensvertrag bestehenden Zahlungsverpflichtungen Deutschlands Ansprüche auf Hergabe von Devisen an die deutsche Volkswirtschaft in einem Umfange gestellt werden, die ohne Zerrüttung des Wirtschaftslebens nicht erfüllt werden können. Ganz gleich in welcher Art die Reichsregierung ihre Abrechnungen mit den Ausgleichsschuldnern auch vornimmt, die erforderlichen Devisen müssen in jedem Fall von der deutschen Volkswirtschaft aufgebracht werden. Diese schwere Belastung der Volkswirtschaft werde auch nicht um einen Centime vermindert werden, selbst wenn die deutsche Regierung die zu zahlenden Summen ohne Belastung des Reichshaushaltes von den deutschen Schuldnern einglehen könnte. Bekanntlich muß das Reich für die deutschen Privatschulden haften, so daß eine völlige Entlastung der Reichskasse ohnehin unmöglich ist. Hätte die deutsche Regierung darauf bestanden, von den deutschen Schuldnern vollen Valutawert ihrer Schuld zu fordern, so hätten sie damit zwar den überwiegenden Teil der deutschen Ausgleichsschuldner wirtschaftlich zugrunde gerichtet, jedoch eine erhebliche Entlastung der Reichskasse nicht erreicht.

Bereits mehrfach hat die Reichsregierung Prüfungen vorgenommen, die zur Verminderung der durch das Ausgleichsverfahren herbeigeführten Lasten führen sollten. Die Ergebnisse der letzten, anläßlich der weiteren Geldentwertung vorgenommenen Prüfung sind in einem Gesetzentwurf niedergelegt, der zurzeit dem Reichsrat vorliegt. Der Entwurf sieht vor, daß mit den Valutagläubigern im Ausgleichsverfahren, anstatt zum Tageskurse, nur noch zum dreifachen Vorkriegskurse, mit den Valutaschuldnern dagegen anstatt zum einfachen zum doppelten Vorkriegskurse abgerechnet wird. Eine darüber hinaus gehende Belastung der Valutaschuldner wäre selbst unter Berücksichtigung der Geldentwertung bei der allgemeinen Wirtschaftslage für die überwiegende Mehrheit der Schuldner unerträglich. Aus technischen Gründen war es auch möglich, mit Rücksicht auf vereinzelte Fälle, in denen Schuldner vielleicht zu einer höheren Leistung in der Lage wären, die Höhe der von jedem Schuldner zu zahlenden Beträge von einer besonderen Prüfung der Vermögenslage abhängig zu machen, weil dadurch die Abrechnung um Jahre verlangsamt und eine dabei etwa erzielte Erhöhung der Bruttoeingänge durch die Vermehrung der Verwaltungskosten wieder aufgewogen werden würde. Ganz abgesehn hiervon würde aber die Belastung der deutschen Schuldner mit dem vollen Tageskurse ihrer Verbindlichkeiten notgedrungen zu einer gewaltigen Steigerung der Ausgaben des Reiches auf anderen Gebieten führen.

Kommunistische Methode.

Während die ganze Welt stündlich das Urteil des Moskauer Revolutionstribunals gegen die Sozialrevolutionäre erwartet, veröffentlichen die Bolschewisten auch in der deutschen kommunistischen Presse Auszüge aus den Dokumenten des „Administrativen Zentrums der außerparteilichen Vereinigung", die in den Jahren 1920 bis 1921 bestand, und bezeichnen diese Dokumente als Bestandteile des „Pariser Archivs der Sozialrevolutionäre". Ein Teil dieser Dokumente ist in wesentlichen Punkten gefälscht und ihre Veröffentlichung hat lediglich den Zweck, schon im voraus das Urteil des Tribunals zu rechtfertigen. Die Auslandsdelegation der Sozialrevolutionären Partei sieht sich daher veranlaßt, zu erklären:

Alle zitierten Dokumente gehören einer jetzt nicht mehr bestehenden Organisation, die sich in keinem Abhängigkeitsverhältnis zur Sozialrevolutionären Partei befand und für deren Tätigkeit die Partei keine Verantwortung trägt.

Die Dokumente sind vom Moskauer Revolutionstribunal nun archiviert gestohlen worden. Der Held dieser Diebstahlsaffäre ist ein Offizier der Armee des Generals Kornilow namens Koroleko. Wie die Dokumente in die Hände der Bolschewisten geraten sind, ist eins der Geheimnisse ihrer „Diplomatie".

Die Dokumente sind vom Moskauer Revolutionstribunal den den Prozeßakten beigefügt worden ungeachtet der Proteste der Angeklagten, die erklärten, daß alle diese Dokumente sich auf die Zeit beziehen, in der sie in den Sowjetgefängnissen interniert waren und deshalb zur Sozialrevolutionären Partei in keiner Beziehung standen.

Diese Tatsachen zeigen, wie wenig stichhaltig das Material des Moskauer Tribunals ist und daß die Richter vor nichts zurückschreiten, um ihr zu erwartendes Racheurteil zu rechtfertigen.

Breitscheidt über die Einigung.

In seiner Zeitschrift der „Sozialist" beschäftigt sich Rudolf Breitscheidt mit der Frage der Einigung. Er führt am Schluß seines sehr interessanten Artikels folgendes aus:

„Nun gibt es zweifellos in unseren Reihen Genossen, die die Verschmelzung mit den Mehrheitssozialisten für verfrüht halten oder der Meinung sind, wir könnten sie nur wagen, wenn die Kommunisten mit von der Partie seien. Sie sind auch zu dem Versuch einer Wiederherstellung unserer vollen Autonomie bereit. Aber sie werden sich bei genauer Prüfung über die Aussichtslosigkeit ihres Unterfangens klar werden müssen. Ein Zurück ist ausgeschlossen, denn es würde in dem Zusammenbruch der Unabhängigen Partei enden und den Ideen, deren Hüterin zu sein sie sich rühmt, tatsächlich die Basis entziehen. Wir müssen den Weg der Entwicklung erkennen und ihn mutig und hoffnungsfroh beschreiten. Dann haben wir auch die stärkste Aussicht, in der geeinigten Partei unsere Eigenart erfolgreich vertreten zu können. Der Kommunisten bedürfen wir zu diesem Zwecke nicht; es wird sogar besser ohne sie gehen, ganz abgesehen davon, daß es ein Wahnsinn wäre, die Möglichkeit eines Zusammenschlusses der Sozialisten daran scheitern zu lassen, daß die Kommunisten unter der Moskauer Diktatur nach wie vor ihre besonderen Wege gehen.

Ueber die Bedingungen der Vereinigung wird noch zu reden sein, aber wir dürfen die bestimmte Hoffnung aussprechen, daß sie im Herbst Tatsache wird. Sie wird für die Arbeiterklasse das größte Ereignis seit der Novemberrevolution sein. Ein um so bedeutsameres, wenn sich bis dahin die Bemühungen um die Schaffung eines Bürgerblocks verwirklicht haben sollten."

Breitscheidts Ausführungen bedürfen keines Kommentars. Sie sind in einer Form gehalten, die von jedem Sozialdemokraten akzeptiert werden kann.

Zum Ableben Minna Cauers.

Wie wir bereits gestern meldeten, ist Minna Cauer im Alter von 82 Jahren in der Nacht zum Donnerstag gestorben. Mit ihr ist eine der interessantesten Frauenerscheinungen des deutschen Geisteslebens dahingegangen. Sie hat die moderne Frauenbewegung in vielseitiger Weise beeinflußt, ja, sie in gewissem Grade erst neu geschaffen. Als Tochter eines evangelischen Pfarrers hatte sie ihre Kindheit in einem kleinen Landstädtchen in der Mark verlebt. Früh verwitwet, machte sie das Lehrerinnenexamen und ging als Erzieherin nach Paris, das damals unter Napoleon den Mittelpunkt der Welt spielte. Nach Deutschland zurückgekehrt, wurde sie die Gattin des Gymnasialdirektors Eduard Cauer, der als Geschichtsforscher einen Namen erhalten hat. In Berlin, wohin sie mit ihrem Gatten übersiedelte, wurde sie Ende der achtziger Jahre in die Frauenbewegung gezogen, der sie bis in ihre letzten Lebensjahre ihre ganze Kraft gewidmet hat. Obschon aus bürgerlich-liberalen Kreisen stammend, hatte sie doch stets ein großes und tiefes Verständnis für die Bestrebungen der Sozialdemokratie. Mit August Bebel, dessen Buch über die „Frau und der Sozialismus" ihr manche Anregung gegeben hatte, stand sie in freundschaftlichster Beziehung. In Erinnerung ist noch ihre tiefempfundene Gedenkrede auf diesen großen sozialistischen Vorkämpfer der Frauenrechte. Minna Cauer hatte zwar sehr viel Interesse und ein großes Maß von Arbeit den sozialen Seiten der Frauenbewegung gewidmet, aber ihre Hauptarbeit hatte sich doch der politischen Seite zugewandt. Wie sie denn auch im Verein für Frauenstimmrecht den Boden bereiten half für die Erringung der politischen Gleichberechtigung der Geschlechter, die erst die Revolution bringen konnte. Auch wir Sozialdemokraten haben Anlaß, der mutigen Vorkämpferin des Frauenrechts ehrend zu gedenken.

Selbstverständlich!

München, 4. August. Wie der Bayrische Kurier hört, hat das bayrische oberste Landesgericht anläßlich der Beschwerde im Nürnberger Falle die Verfassungsmäßigkeit und Rechtsgültigkeit der bayrischen Verordnungen zum Schutz der Republik vom 24. Juli bestätigt.

*

Wir haben keine andere Haltung von einem bayrischen Gericht erwartet. Nach der bisherigen Praxis hatten wir gar keine Ursache daran zu zweifeln, daß auch die Justiz den Vertrauensbruch sanktionieren würde.

Im Moskauer Tribunal.

„Ein Disput mit Todeskandidaten."

Der Moskauer Korrespondent der Rigaer Zeitung „Segadnia" schildert seine Eindrücke im Gerichtssaal unter der Ueberschrift „Ein Disput mit Todeskandidaten". Nachstehend seien einige dieser Skizzen wiedergegeben:

In einer Replik an den Staatlichen Ankläger Krylenko bemerkte der Verteidiger Murawjow: „Das Gesetz ist kein Haken, keine Form, sondern ein Gedanke, den das Volk in diese Form hineingelegt hat." Das Publikum lacht; auch der Ankläger Professor Pokrowski lacht. Murawjow bemerkt hierzu: „Wehe dem Lande, dessen Vertreter es wagen, über seine Gesetze und seine Moral zu lachen!"

Der Vorsitzende Pjatakow: „Ich rufe Sie zur Ordnung. Sie haben das russische Volk beleidigt. — Murawjow: „Ich habe mein Volk nicht beleidigt und konnte es auch nicht, denn ich bin ein Sohn dieses Volkes."

*

Als einer der „Verteidiger", Felix Kon, den Angeklagten der ersten Gruppe eine unverdiente Beleidigung entgegenschleuderte, rief der Angeklagte Timofeeff: „Ihr werdet unsere Köpfe bekommen, um sie der Kommunistischen Internationale zu Füßen zu legen, aber unsere Ehre werdet Ihr uns doch nicht rauben können!"

*

Der Angeklagte Hendelmann spricht, der Vorsitzende Pjatakow unterbricht jeden Augenblick seine Rede:

Hendelmann: „Das Vertrauen, das Vandervelde im Proletariat genießt . . ."

Pjatakow: „Das gehört nicht zur Sache."

Hendelmann: „Schon in dem Augenblick, wo die Broschüre Semjonoffs auf Kosten der Tscheka in Berlin herausgegeben wurde (Glocke des Vorsitzenden), war das Urteil gegen uns bereits gefällt. Das westeuropäische Proletariat geriet in Erregung (Glocke des Vorsitzenden). Aber Vandervelde verließ Moskau, als er sah, daß die Berliner Versprechungen nur eine Illusion waren. Die Vertreter der Arbeiter, die hierher auf die Tribüne kommen, sind durch Eure Presse verhetzt. Die anderen Parteien dürfen den

---

Hildas Geheimnis.

Roman

von

Maria Linden.

Die fünfjährige Tochter Margot des Maurerpoliers Waldert schaute aus dem Fenster nach dem Vater aus. Heute war Lohntag, und an einem solchen pflegte Waldert seinem Nesthäkchen etwas mitzubringen. Jubelnd rief die Kleine aus:

„Mutti, Vater kommt!"

Frau Waldert bügelte ein weißes Kleid, das sehr reich besetzt war. Ohne aufzublicken trug sie ihrer ältesten Tochter Hilda auf:

„Mach' den Salat an und stelle die Brattartoffeln auf den Tisch, und du, Erna, spring schnell in den Keller und bring ein paar Fläschel Bier herauf!"

Hilda war sehr schön, kastanienbraunes Haar umgab ihren fein geformten Kopf in reicher Fülle, aus nachtschwarzen, mandelförmig geschnittenen Augen strahlte oft das Feuer jugendlicher Begeisterung. Ihre Züge waren von vollendetem Ebenmaß, ihre Gesichtsfarbe war zart, aber nicht kränklich. Vorläufig entbehrte ihre schöne Figur noch der Rundung, denn sie hatte eben erst ihren siebzehnten Geburtstag gefeiert. Es war eine Freude, zu sehen, wie schnell und geschickt sie die Aufträge ihrer Mutter ausführte.

Als der Maurerpolier Waldert in die Küche trat, bewillkommneten ihn die Seinigen so herzlich, als ob er von einer Reise an den Nordpol zurückgekehrt wäre.

„Na, Muttel!" sagte er freundlich, „zuerst wer' ich abladen! Da hast du den Mammon und da is ein Stückel Kuchen für dich, Margotel".

Als er eine Reihe von Münzen auf den Tisch gezählt hatte, sagte die Frau:

„Nee, Vatel, das geht doch nich! Du hast dir ja wieder nur eine einzige Mark für die ganze Woche behalten. Bei der Hitze durstet der Mensch doch. Nimm dir wenigstens noch eine Mark."

„Nich doch!" wehrte Waldert sehr entschieden ab, „je mehr ich trinke, je mehr durste ich, da is ein kleiner Prim besser. Ueberhaupt habe ich von der vergangenen Woche noch einen Fünfböhmer übrig. Den stecke ich nachher der Margot in die Sparbüchse. Wo ist denn Trude?"

„Sie ist zur Stellenvermittlerin gegangen, Vater", sagte Hilda.

„Es wundert mich, daß deine Schwester ihre Trude jetzt in Stellung schickt", bemerkte Frau Waldert

„Jetzt hat's doch mäßig Arbeit auf dem Lande. Damit hätte sie doch bis zum Oktober warten können."

„Lasse es sie nich merken, daß sie dir ungelegen kommt", bat Waldert seine Frau. „Sie is doch ein Waisenkind."

„Ich lege ihr nichts in den Weg", versicherte die hübsche stattliche Frau, „und die Kinder tun alles, was sie ihr an den Augen absehen können."

„Das ist recht", lobte Waldert. Er hatte inzwischen angefangen zu essen und fragte nun, „Muttel, läßt du dir die schönen Brattartoffeln kalt werden?"

„Ich hab' noch 'ne halbe Stunde zu schuften", erklärte die Frau, „dann muß ich gleich liefern gehen. Wenn ich zurückkommen, trink' ich 'ne Tasse Kaffee und esse 'ne Fettschnitte."

„Is das alles Kundenwäsche?" fragte der Mann und deutete auf einige Stöße Wäschestücke, die auf dem Bett aufgeschichtet waren.

„Alles", sagte die hübsche Frau. „Unsere kommt erst morgen an die Reihe. Willi, du mußt mir nachher tragen helfen. Nein, vermaule dich nich. Wer essen will, muß auch arbeiten."

Der elfjährige Willi fragte maulend:

„Wieso braucht Hilda nie mitgehen, und wieso braucht sie nie die Mangel zu drehen!"

„Aber Junge", rief der Vater entrüstet aus, „das schickt sich für Hilda nich, wo sie doch das Lehrerinnenseminar besucht."

„Ja eben", stimmte die Mutter zu. „Hilda, du hast heute noch nich Klavier geübt! So wie du mir die Rechnungen geschrieben hast, spielst du etwas recht Schönes, dann ärgert sich die Schwarzen wieder, die gönnt es dir nämlich nich, daß du Bildung genießt."

„Das soll noch besser kommen, wenn Hilda erst Lehrerin is", sagte Waldert lachend, dann sprach er den Speisen schweigend mit großem Eifer zu. Als er gesättigt war, fragte er:

„Nu Muttel, was soll ich dir zu morgen aus unserem Schrebergarten mitbringen? Wie wär's mit 'nem Körbel Frühbirnen?"

„Nur zu", stimmte die Frau bei. „Erna, wasch' schnell den blauen Topf voll Kartoffeln ein! Die kochen noch ab. Ich bringe ein Stückel Schweinefleisch mit, dann haben wir ein feines Mittagessen."

Die dreizehnjährige Erna, ein blasses, mageres Kind, machte sich eifrig an die ihr aufgetragene Arbeit, und die Mutter diktierte Hilda die Rechnungen. Als sie mit dem Bügeln fertig war, packte sie die Wäsche in einen großen Korb und breitete ein sauberes Tuch darüber. Als sie eben die Zipfel einstedte, trat eine blühende, frische Blondine ein. Es war Trude Kiepret, Walderts Nichte.

„Na, war's wieder nichts?" sagte Frau Waldert voller Spannung.

„Nee", erklärte Trude sehr energisch. „Vier Bälger! Das ist nichts für meiner Mutter ihre Tochter! Und die sogenannte Gnädige hatte so 'ne spitze Nase und fragte mir Löcher in den Leib. Puh, is das hier 'ne Hitze."

„Willst du nicht essen Trude", fragte Hilda freundlich und Willi scherzte:

„Weiste Trude, du wirst dir müssen 'ne Stellung malen! Nun suchst du schon vier Wochen und findest immer noch keine!"

„Ja, das wär' am besten", entgegnete Trude lachend. „Wo is denn Herbert?"

„Der is doch zum Turnen", sagte Willi, dann entfernte er sich mit seiner Mutter und Hilda setzte sich an das alte Pianino. Es war wunderbar, was für volle, klangreiche Töne sie dem ausgedienten Instrument entlockte.

„Ja", sagte Trude neidisch, „wenn meine Eltern so für mich gesorgt hätten, dann könnte ich freilich andere Ansprüche machen. Aber so!" Ein Seufzer folgte diesen Betrachtungen.

In der heitersten Stimmung war Waldert in seinem Gärtchen angelangt. Er war auf dem Lande aufgewachsen und das Stückchen Erde, das er bebaute, machte ihm mehr Freude, wie manchem Reichen ein großer Park. Es war Walderts liebste Erholung, sein Gärtchen zu pflegen, und die Erde lohnte ihm die Sorgfalt, die er darauf verwendete. In üppiger Fülle blühten die Blumen, das Gemüse gedieh prachtvoll und die Obstbäume wiesen eine solche Fülle von Früchten auf, daß die Vorübergehenden darüber staunten. Der rüstige Mann begoß alle Pflanzen sorgfältig. Er zertrat eine Raupe, zog einige Unkrautpflänzchen aus der lockeren Erde, stützte einen schwer mit reifenden Aepfeln beladenen Ast und begann dann ein Körbchen mit Frühbirnen zu füllen. Sorgsam suchte er die reifsten Früchte aus. Als das Körbchen bis zum Rande gefüllt war, setzte er sich in die von Klematis umrankte Laube, atmete mit Behagen die reine Luft ein und murmelte lächelnd:

„Ja, das is ein anderer Tee, wie der Staub beim Bau."

In dem Nachbargarten spielte der junge Ehemann sehr hübsch Zither und das hübsche Frauchen sang mit sehr angenehmer Stimme. Waldert summte die Melodie erst leise mit, nach und nach erhob er die Stimme stärker. Als dies Lied beendet war, riefen viele Stimmen aus den anstoßenden Gärten: „Gar finster blickt der Kommandeur" ꝛc. Der Zitherspieler begann die Melodie und sofort fielen klare, reine Stimmen ein. Als der letzte Ton verklungen war, ertönte ein vielstimmiges „Bravo!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220804-13/fragment/page=0002

Mund auftuen. Ein Arbeiter schenkte sogar dem „Experten" Paspal Glauben, daß Plechanow französisches Geld erhalten habe. Glauben Sie denn selbst daran? (Der Vorsitzende unterbricht ihn.) Glauben Sie denn, daß diese Delegation eine Stimme der arbeitenden Massen war? (Der Vorsitzende unterbricht ihn.) **Wie erklären Sie die Massenverhaftungen, die dieser Tage in den Fabriken und Werken vorgenommen wurden?"**

Piatakow: „Es sind keiner Verhaftungen vorgenommen worden."

Hendelmann: „Ihre Presse schweigt darüber (Piatakow unterbricht ihn.) Wenn Sie der Staatspolitischen Abteilung Glauben schenken, verlangen Sie doch einen offiziellen Bericht. (Piatakow unterbricht ihn.) Denken Sie doch daran, wie man die Leute zur Demonstration auf die Straße trieb: **„Wenn ihr nicht mit uns gehet, steht ihr auf der Seite der Sozialrevolutionäre."**

Piatakow: „Sie haben das russische Proletariat beleidigt."

Hendelmann: „Ich konnte die Arbeiter nicht beleidigen, ich habe lediglich die kommunistischen Zellen beleidigt, die die Demonstration dirigierten."

Piatakow: „Ich gestatte nicht, eine solche Behauptung hier aufzustellen."

Hendelmann: „Ich habe über die Maßnahmen gesprochen, die ihr gegen die Arbeiter anwendet. Ich sende meinen sozialistischen Gruß allen Arbeitern und wünsche, daß bei ihnen endlich der bürgerliche Mut erwacht . . . (Glocke des Vorsitzenden.)

Keine Einberufung des Reichstages. Auf Grund der Besprechungen der Parteiführer beim Reichskanzler sind die maßgebenden Stellen zu der Ueberzeugung gekommen, daß es gegenwärtig nicht nötig ist, den Reichstag einzuberufen. Auch eine Einberufung des Auswärtigen Ausschusses komme zurzeit nicht in Frage.

Verkürztes Verbot. Der „Berliner Lokalanzeiger" wurde am Dienstag auf die Dauer von drei Wochen wegen eines Berichtes seines Münchener Korrespondenten verboten. Der Minister des Innern Genosse Severing hat nunmehr dieses Verbot dahin abgeändert, daß dem „Berliner Lokalanzeiger" schon am kommenden Sonntag das Erscheinen wieder gestattet wird. Die Redaktion hat die Versicherung abgegeben, daß es ihr völlig fern lag, die Reichsregierung und insbesondere den Reichskanzler zu verleumden, daß sie vielmehr das Opfer einer leichtfertigen Berichterstattung geworden ist — sodaß sie die Konsequenzen zu ziehen gedenkt. Für alle diese Angaben wurden stichhaltige Unterlagen herbeigeschafft, sodaß der Minister des Innern glaubte, eine Milderung des Verbotes verantworten zu können. — Wir wollen hoffen, daß der Genosse Severing nicht enttäuscht wird.

Wirtschaft.

Dollar 830.

Am Donnerstag vollzogen sich am Devisenmarkt wieder sprunghafte Steigerungen. Der Dollar erreichte vorübergehend eine Höhe von 880. Später machte sich jedoch eine ruhigere Beurteilung der politischen Lage geltend. Ernste Sorge macht allerdings die erneute Steigerung des Notenumlaufes der Reichsbank in der letzten Juliwoche um 16,7 Milliarden Mark. Amtlich notierten Kabel New York 830, London 3760, Holland 32 600. An den Effektenmärkten war das Geschäft nicht allzu lebhaft. Stärkere Kurssteigerungen waren nur am Markte der Auslandsrenten zu verzeichnen, daneben waren auch ausländische Bahnen und Kolonialwerte sehr gesucht. Am Auslandsmarkte hatten die Führung Harpener.

Luxemburgische Mustermesse. Den deutschen Besuchern der vom 14. bis 22. August d. J. in Luxemburg stattfindenden offiziellen Mustermesse wird eine Ermäßigung der Paßvisagebühren von 50 Prozent gewährt. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß vom 1. August ab das luxemburgische Einreisevisum nicht mehr durch die Kontrollbeamten an der Grenze, sondern ausschließlich durch die luxemburgischen bzw. belgischen Konsulate im Ausland erteilt wird.

Gewerkschaftliches.

Non olet!

Dem Angestelltenrat der Firma Karl Zeiß in Jena ging von der Ortsgruppe Jena des Gewerkschaftsbundes kaufmännischer Angestellten (Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband) folgendes Schreiben zu:

„Da den Arbeitern im Zeiß-Werk auf Grund der Vereinbarung vom 9. Juli 1922 die Demonstrationsstunden vom 27. Juni 1922 (Rathenau-Mord) bezahlt werden, bittet der unterzeichnete Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestellten (GkA.) den Angestelltenrat, die Geschäftsleitung der Firma Karl Zeiß zu ersuchen, denjenigen Angestellten, die nicht demonstriert, sondern gearbeitet haben, diese Zeit als Ueberstunden zu bezahlen (!), so daß hier ein Ausgleich für die Arbeitswilligen geschaffen wird und der Kreis der Angestellten, der gesonnen ist, unseren Betrieb in Zukunft vor derartigen Erschütterungen zu bewahren, erheblich zunimmt.

Wir bitten, unser Ersuchen als Antrag zu behandeln.

Mit Gruß

Gewerkschaftsbund kaufm. Angestellten für Jena u. Umgebung.

gez.: Plouda, 1. Vorsitzender."

Der Mut, einen derartigen Antrag zu stellen und in dieser Form zu begründen, blieb dem GdA. (Gesamtverband kaufmännischer Angestelltengewerkschaften), dessen führende Seele der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband (DHV.) ist, vorbehalten.

Millionen von Arbeitnehmern demonstrierten in selbstloser Weise zum Schutze der bedrohten Republik, und die GkA.-Leute versuchen aus Anlaß derartiger Ereignisse Kapital zu schlagen. Man sieht, daß das alte Wort des römischen Kaisers Vespasian noch immer zu Recht besteht: „Non olet", Geld stinkt nicht.

Das Verhalten dieser Leute zeigt wiederum, wie wenig ihnen die Republik und andererseits auch die Solidartät mit der übrigen Kollegenschaft bedeutet. Die Monarchie, die sie wieder herbeiwünschen, hat allerdings für solche Gesinnung Raum. Pfui Teufel!

Ablehnung der Richtlinien des Arbeitszeitgesetzes.

W. T. B. meldet: Die Großorganisationen des Eisenbahnerpersonals haben zu den Richtlinien über die Arbeitszeit bei der Eisenbahn Stellung genommen und sind übereinstimmend zu dem Ergebnis gelangt, daß bei aller Anerkennung der Verbesserungen in gewissen Einzelheiten der Gesetzentwurf des Reichsverkehrsministeriums abzulehnen sei. Die endgültige Stellungnahme der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer zu dieser Frage steht noch aus, sie dürfte sich aber ebenfalls in einmütiger Ablehnung der Richtlinien kennzeichnen.

Ende des italienischen Generalstreiks. Nach einer Mitteilung des italienischen Innenministers ist der Generalstreik gestern mittag beendet worden.

Streiknachrichten aus dem Reich. Die Verhandlungen zur Beilegung des Ausstandes der städtischen Arbeiter in Königsberg haben heute zu einer Einigung geführt. Die Arbeit soll schnellmöglichst wieder aufgenommen werden. — Die kaufmännischen Angestellten in Frankfurt a. M. sind heute morgen in den Streik getreten, weil sie mit dem Schiedsspruch nicht einverstanden sind. In den Hauptgeschäftsstraßen wird Streikkontrolle ausgeübt.

Aus aller Welt.

Gewaltsame Pressung für die Fremdenlegion. Das „B. T." berichtet aus Lübeck von einer versuchten gewaltsamen Pressung für den Eintritt in die Fremdenlegion. Ein Landwirt wurde in der Nähe des Holstentores von einem gutgekleideten Herrn angesprochen, der ihm plötzlich ein Tuch mit einem Narkotikum unter die Nase hielt. Der Ueberfallene verlor die Besinnung und erwachte erst wieder in Duisburg. Außer ihm hatten noch vier deutsche Männer dies Schicksal. Sie alle wurden unter starker Bewachung nach Krefeld abtransportiert und dort auf ihre Tauglichkeit für die Fremdenlegion untersucht. Während die vier tauglich befunden wurden, schickte man den Landwirt als untauglich völlig mittellos fort.

Die Wirkung der roten Dienstmütze. Wie gewöhnlich erschien am Mittwoch abends nach 10 Uhr ein Eisenbahnbeamter mit roter Dienstmütze auf dem Bahnhof Landwehr bei Berlin und nahm die Tageskasse in Höhe von 167 000 M. in Empfang, die allabendlich auf dem Dienstwege abgeholt wird. Als später noch ein weiterer Beamter erschien, stellte sich heraus, daß der erste Beamte ein Schwindler gewesen ist.

Mordtat eines Wüstlings. Aus Landsberg a. W. wird gemeldet: Im Walde bei Koschütz nahe Schneidemühl wurde die Schülerin Marie Radtke beim Pilzsuchen von einem 20jährigen Burschen überfallen und vergewaltigt. Der Verbrecher schnitt nach seiner Tat dem Mädchen die Kehle durch und entfloh.

Die jüngste Mutter. In der Stadt Hardin in Ohio hat ein 10jähriges Mädchen ein gesundes Kind zur Welt gebracht. Das Gewicht des jungen Erdenbürgers wird auf 6½ Pfund angegeben. Wie die „Chicago Tribüne" mitteilt, haben verschiedene medizinische Gesellschaften sofort Vertreter entsandt, um den einzig dastehenden Fall wissenschaftlich zu untersuchen.

Ein bestechlicher Stadtrat. Der frühere Stadtrat in Berlin-Weißensee Ernst Andre hat sich wegen Bestechlichkeit, die er sich als Leiter des dortigen Wohnungsamtes hatte zu Schulden kommen lassen, vor dem Berliner Landgericht zu verantworten. Nach mehrstündiger Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt 5000 Mark Geldstrafe. Das Gericht ging jedoch weit darüber hinaus und verurteilte den Angeklagten zu einem Jahr Gefängnis und zu drei Jahren Ehrverlust.

Magistrats- oder Bürgermeistereiverfassung.

Von Bürgermeister Friedrich Kreis.

In den Erörterungen über den Entwurf einer neuen Städteordnung steht die Frage nach dem Verfassungssystem der Städte an erster Stelle. In dem größten Teile Preußens besteht die „Magistratsverfassung", die zwei selbständige Willensorgane einer Stadt kennt: Die Stadtverordnetenversammlung und den Magistrat. Beschlüsse der ersteren bedürfen der ausdrücklichen Zustimmung des letzteren. Der Magistrat hat ein ausdrückliches „Vetorecht"; er kann also Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung nicht ausführen und ablehnen. Für hieraus sich ergebende Konflikte ist ein besonderes Streitverfahren vorgesehen. Im Westen Preußens besteht die „Bürgermeistereiverfassung". Sie kennt keinen Magistrat, er wird durch den Bürgermeister ersetzt, der die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung auszuführen und überhaupt die ganze Verwaltung zu dirigieren hat. Ihm sind „Beigeordnete" zu seiner Unterstützung beigegeben, die aber zusammen kein Kollegium bilden und daher auch über die Verwaltungsfragen nicht gemeinsam beschließen.

Sowohl der erste wie auch der kürzlich veröffentlichte zweite Entwurf einer neuen preußischen Städteordnung lassen die beiden Systeme nebeneinander zu. Städte, in denen die Magistratsverfassung besteht, können diese beibehalten oder die Einführung der Bürgermeistereiverfassung beschließen. Städte, in denen die Bürgermeistereiverfassung besteht oder eingeführt wird, behalten diese endgültig. Dadurch, daß ein Uebergang von der Bürgermeisterei- zur Magistratsverfassung nicht möglich ist, gibt man ersterer gewissermaßen den Vorzug. Der Preußische Städtetag, auf dessen Ansicht sicher ein großes Gewicht gelegt wird, hielt es ebenfalls für richtig, Magistrats- und Bürgermeistereiverfassung nebeneinander anzuerkennen. Er geht aber sodann noch weiter als der amtliche Entwurf und sagt, demgemäß sei der Uebergang von einer Verfassungsart zur anderen zu gestatten, also auch der von der Bürgermeistereiverfassung wieder zur Magistratsverfassung.

Dieser Auffassung des amtlichen Entwurfs und des preußischen Städtetages kann auf keinen Fall beigetreten werden. Das würde dahinführen, daß wir wohl eine Städteordnung, aber die verschiedensten Verfassungssysteme haben. Die ganze angestrebte Vereinheitlichung bekäme die größte Lücke. Dann hätte man in der einen Stadt dieses und in der Nachbarstadt vielleicht das andere System usw. und niemand würde sich zurecht finden. Der Streit über die Zweckmäßigkeit und die Einführung des einen oder anderen

---

Wir vergessen es nicht!

Von Artur Zickler.

„Es ist natürlich mancherlei vorgekommen, was man unter einem bestimmten Gesichtswinkel nicht billigen kann, aber . . ."

Das Monokel blitzt verärgert. Der Träger dieses von der unpreußischen Welt nicht nachzuahmenden Gerätes muß noch einen Schnaps trinken. Es ist auch zum Aergern, wenn man als ehemaliger Oberleutnant gezwungen ist, einem Mann wie mir, den man früher einfach hätte strammstehen und einsperren lassen, ein . . . . ein „Zugeständnis" zu machen.

„Aber im großen und ganzen war das alte Regime, vor allem unsere Armee, erstklassig."

Recht hat er. Für ihn und seinesgleichen. Wir haben ein anderes „aber". **Aber für uns, die Muschkoten,** für uns, die Untertanen, **war es eine Qual und ein Gelächter** und eine schmerzliche Scham. War es Unfreiheit, Drill, Verhöhnung, Krieg, Hunger, Niederlage, Bürgerkrieg, Mord — und für euch, ihr anderen, **war es nicht einmal soviel wert, daß ihr es in der Gefahr** männlich **verteidigt hättet; ausgerissen seid ihr,** Wilhelme sen. und jun., Ludendorff, **Tirpitz und was dran hing,** solange es sie trug — **und was sich dann selbst vor Angst die** Achselstücke herunterriß. **Und ihr seit erledigt.**

Wir **vergessen es nicht!**

*

Glühende Sonne auf dem Exerzierplatze.

„Auf . . . **nieder . . .** auf! **Ihr Hunde, euch will** ich es zeigen. Zum **Schlafen habt ihr** im Massengrabe Zeit genug! Auf . . . nieder . . . **auf!"**

Die Ellbogen dröhnten immer wieder auf dem Kies, die geschundenen Fäuste umkrampften das Gewehr. Das Blut lief im **Jackenärmel. Im Hirn flammte** die Empörung.

„Schwein, **verfluchtes,** döse nicht, ich **trete dich krumm!"**

Ein **lodernder Gedanke: drei** scharfe Patronen in der Hosentasche . . .

„Ladeübungen . . ."

Die erste Patrone, die ich in die Kammer drücke, ist scharf, die letzte **der fünf Schüsse muß knallen und pfeifen . . .**

„Kneck . . ." **die erste.**

„Kneck . . ." **die zweite.**

Soll ich? **Vor mir, fünfzehn Meter vor mir, die keifende,** betreßte **Kreatur.**

„Kneck . . ." **die dritte . . .**

Wieder **fasse ich den Mann ins Auge, ins Korn. Jetzt bin ich** ruhig geworden.

„Kneck . . ." **die vierte.**

Soll ich? **Soll ich auf den da** schießen, **auf die armselige** Marionette **der Gewalt? Auf die Puppe,** die für ein Drittelmeter **glitzerndes Band und zwei runde** blanke Knöpfe ihre menschliche **Seele verkaufte? Nein!**

Zweimal **reiße ich den Ladehebel zurück, fange die scharfe** Patrone **mit der Hand und lasse sie in die Rocktasche gleiten.**

Die Stunde kommt, wo ihr vergeht.

Wir können leiden und warten . . .

Vier Jahre später putzte mir am Bahnhof Zoo mein früherer Unteroffizier die Stiefel. Für eine Mark.

Auf dem ehemaligen Exerzierplatz wimmeln über grünen Siedlergärten schwarz-rot-goldene Fähnchen.

In Frankreich und Rußland aber faulen zu Hunderttausenden die Söhne des Volkes.

Wir werden es nicht vergessen!

*

Ihr sorgt selbst **dafür, daß nicht** vergessen **wird,** wer ihr seid. **Nicht, daß ihr das Gestrige liebt, ist schlimm. Treue wäre sogar eine Sache, um derentwillen ihr die Achtung auch des Gegners verdientet — wenn ihr sie eben nicht gebrochen hättet. Die Welt hat euch nie geliebt, das eigene Volk hätte euch keine Träne nachgeweint, auch dann nicht, wenn ihr ihm eine übriggelassen hättet** — aber niemand hätte geahnt und geglaubt, wie feige ihr seid!

Ihr laßt deutsche **Volksgenossen,** die sich im offenen Kampfe gestellt haben, nach ihrer zweifelsfreien Wehrlosigkeit „auf der Flucht" erschießen.

Ihr mißbraucht das Recht und macht es zur Klassenjustiz.

Ihr kauft Schießkerle, die waffenlose Repräsentanten des Volkes mit Großkampfmitteln ermorden und vor den Richtern kneifen. Dann habt ihr nicht einmal den Mut, zu diesen euren Opfern, die ihr schuldig werden ließt, zu stehen, sondern „rückt ab".

Das Gespenst, mit dem ihr die Welt einschüchtern wolltet, ist ein Besenstiel. Was ihr auch noch tun wollt und werdet, kann nur euer Schicksal vollenden; verächtlich und lächerlich zu sein.

Ihr seid Trottel, aber sehr gefährliche.

Ihr habt ein starkes und gutes Volk unglücklich und elend gemacht.

Wir vergessen es nicht — verlaßt euch darauf!

Als unser noch ein König war und 25 Fürsten . . .

Dem Verdienste seine Krone!

Im „Amts- und Regierungsblatt für das Fürstentum Reuß-Lobenstein-Ebersdorf" finden wir im Jahrgang 1845 folgende Hofnachricht:

„Serenissimus hat die hohe Gnade zu haben geruht, die Wehrmänner zu Hirschberg, sechs an der Zahl, welche zu dem in Tonna ausgebrochenen Feuer geeilt und mit der aufopferndsten Bereitwilligkeit Dienste geleistet hatten, öffentlich, vor der Front Allerhöchstselbst gnädigst zu beloben, und dem ältesten derselben (nachdem er sich durch den Taufschein als solcher ausgewiesen) zum Zeichen Allerhöchstihrer höchsten Zufriedenheit und Anerkennung höchsteigenhändig die Hand zu reichen."

Liebe Freunde und Freundinnen! Werden wir noch einmal die herrlichen Zeiten erleben, da ein regierender Fürst „höchsteigenhändig die Hand zu reichen die hohe Gnade zu haben geruht"?

Literatur.

„Kommentar zum Arbeitsnachweisgesetz." Von Dr. Berger, Reg.-Rat im Reichsarbeitsministerium, und Dr. W. Donau, Reg.-Rat im Reichsamt für Arbeitsvermittlung. Der Reichstag hat am 13. Juli das Arbeitsnachweisgesetz angenommen, das am 1. Oktober 1922 in Kraft tritt. Damit ist das Arbeitsnachweiswesen auf reichsrechtliche Grundlage gestellt worden. Im einzelnen sind, entsprechend dem Zustandekommen des Gesetzes als Kompromiß nach schwierigen Verhandlungen und Kämpfen, Rechte und Pflichten daraus auf Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Behörden verteilt. Richtiges Erfassen der Rechtslage durch alle Beteiligten ist Voraussetzung dafür, daß das Gesetz ein wirklicher Fortschritt wird. Insbesondere müssen die Organisationen der Arbeitnehmer, die an der im Gesetz vorgesehenen Selbstverwaltung teilnehmen, bereits vor Antritt des Amtes wie während der Amtsführung das Maß ihrer Rechte und Pflichten und die Praxis der Arbeitsvermittlung gründlich kennen. Das Buch wird vor Inkrafttreten des Gesetzes erscheinen, etwa 200 Seiten Großoktav umfassen und bei Vorbestellung bis zum 1. September 1922 zu einem um mindestens 10 Prozent ermäßigten Subskriptionspreise abgegeben. Der Ladenpreis wird ungefähr 80 Mark betragen. Vorbestellungen auf dieses für Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Behörden, Gewerkschaftler und Betriebsräte in Betracht kommende außerordentlich wichtige Buch nimmt jede Volksbuchhandlung oder der Verlag: **Buchhandlung Vorwärts, Berlin** SW 68, Lindenstraße 3, entgegen.

Staatsbahn oder Privatbahn? Der Reichsverkehrsminister hatte bekanntlich im Dezember des vergangenen Jahres zur Beratung der Neuorganisation der Reichsbahn und zur Vorbereitung seiner Entscheidung in dieser Frage einen Organisationsausschuß gebildet und als Vorsitzenden dieses Ausschusses den Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium Kumbier berufen. Der Ausschuß besteht zu gleichen Teilen aus Vertretern der Reichsbahnverwaltung und des Personals. Von den durch die Großorganisation des Personals zu stellenden Vertretern entfallen auf den Deutschen Eisenbahnerverband 4, die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter 3, die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner 2, den Allgemeinen Eisenbahnerverband 1. Dieser Ausschuß hat sich in zwei Sitzungen eingehend mit dem für den Reichsverband der Deutschen Industrie von einer fünfgliedrigen Kommission erstatteten Gutachten „Die deutsche Eisenbahnfrage" befaßt. Wegen des Interesses der behandelten Fragen für die große Oeffentlichkeit hat der Organisationsausschuß seine Verhandlungen über die Frage „Staatsbahn oder Privatbahn?" in einer Broschüre (Grünheft) zusammengefaßt, die in diesen Tagen im Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin W. 35, Potsdamer Straße [illegible], erscheint.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220804-13/fragment/page=0003
DFG

Systems würde dann in die Gemeindevertretung hineingetragen und dort die Gemüter ständig erregen. Bei der Schaffung einer neuen Städteordnung muß man doch auch die Energie aufbringen, allgemein das zu bestimmen, was man als das zweckmäßigste anerkannt hat. Es muß also das Verwaltungssystem klipp und klar und **einheitlich** vorgeschrieben werden.

Besteht nun wirklich nur die Wahl zwischen Magistrats- und Bürgermeistereiverfassung? Der preußische Städtetag behauptet das. Er „begrüßt es, daß der amtliche Entwurf der Städteordnung die in hundert Jahren bewährten Grundlinien der beiden Verfassungsarten im wesentlichen übernommen hat. **Eine Vermischung dieser Eigenarten ist abzulehnen.** Er hält im Sinne des Entwurfs an der bisherigen Stellung der besoldeten leitenden Beamten der Städte fest." Auch dieser Meinung kann nicht beigetreten werden. Weshalb ist eine „Vermischung" abzulehnen? Gründe wurden nicht angegeben. Sie sind aber leicht zu erraten: Weil jedes Verfassungssystem seine bureaukratischen und autokratischen Eigenschaften hat, die eine wirkliche Demokratie in der Städteverwaltung verhindern können. Diese Bremsblöcke müssen beseitigt werden. Aus jeder Verfassungsart ist das im Sinne einer weiteren Demokratisierung Gute und Zweckmäßige herauszuholen und dieses ist zu **einem** einheitlichen Verfassungssystem zusammenzustellen. Die Ideen und Bestrebungen der neuen Zeit müssen auch in einer neuen Verfassungsform ihren Ausdruck finden. Was sich angeblich hundert Jahre vor der November-Revolution „bewährt" hat, paßt sicher nicht mehr in die Zeit **nach** der politischen Umwälzung.

Die Städteordnung muß so aufgebaut sein, daß der Wille der Bevölkerung in der Stadtverwaltung möglichst ungehindert und reibungslos zum Ausdruck kommt. Der Satz der Reichsverfassung: „**Die Staatsgewalt geht vom Volke aus**", muß auch sinngemäß Anwendung auf die **Gemeindegewalt** finden. Das ist übrigens, was sehr interessant ist festzustellen, nicht nur die Absicht, sondern auch die Tat des Freiherrn **vom Stein** gewesen. Wie neuere Forschungen ergeben haben, ist Stein stark von den Gedankengängen der großen französischen Revolution beeinflußt worden. Seine Städteordnung von 1808 setzte die Stadtverordnetenversammlung **als das allein beschließende**, von der Bürgerschaft freigewählte Willensorgan ein. Der aus Gemeindewahlen hervorgegangene **Magistrat** war lediglich nur **ausführendes** Organ der Stadtverordnetenversammlung. Obwohl sich diese Grundgedanken des Werkes als sehr vorteilhaft erwiesen, brachte es doch die Reaktion fertig, sie zu verschandeln. Die **revidierte** Städteordnung von 1831 ließ erstmalig den Magistrat zur **Mitbeschlußfassung** in gewissen Gemeindeangelegenheiten zu, erhob ihn also ebenfalls zu einem Willensorgan der Stadtgemeinde. Daneben wurden die Voraussetzungen für den Erwerb des Bürgerrechts erweitert und die **Aufsichtsgewalt des Staates verstärkt.** Die jetzt noch gültige Städteordnung vom 30. Mai 1853 für die östlichen und mittleren Provinzen behielt diese Koordinierung der beiden städtischen Körperschaften bei, **verschlechterte** aber das Ganze noch weiter durch Einführung des **Dreiklassenwahlrechts** und anderer Dinge. Aehnlich ist die Städteordnung für **Westfalen**, für **Schleswig-Holstein**, für **Hessen-Nassau**, für die Provinz **Hannover** usw. Sie kennen alle den Magistrat als selbständiges Willensorgan. Dagegen, daß die **leitenden** Kommunalbeamten einschließlich der Bürgermeister ein Kollegium, also den Magistrat bilden, der **kollegial** über die wichtigen Verwaltungsfragen beschließt, läßt sich nichts einwenden, es ist sehr zweckmäßig. Bedenklich ist nur, daß er sich dem Willen der Stadtverordnetenversammlung nicht unterzuordnen braucht, die Durchführung deren Beschlüsse also ablehnen kann. Man nehme ihm dieses „**Vetorecht**" und kehre, wenn man an alten Zuständen festhalten will, hier zur Stein'schen Städteordnung von 1808 zurück.

Die aus dem französischen Recht abstammende rheinische Städteordnung, bei der allerdings die Stadtverordnetenversammlung das allein beschließende Willensorgan der Stadtgemeinde ist, verleiht dem Oberbürgermeister oder Bürgermeister überragende Rechte. Er ist Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung und ist an Beschlüsse eines Magistrats nicht gebunden. Er führt also die Verwaltung sozusagen **persönlich**. Es ist selbstverständlich, daß er den größten Einfluß auf die ganze Verwaltung ausübt. Gerade dieser Umstand wird von der demokratisch gesinnten Bevölkerung des Rheinlandes beklagt. Man enthebe also bei diesem System den Bürgermeister von der Führung des Vorsitzes in der Stadtverordnetenversammlung und gebe dieser eine eigene, aus ihrer Mitte gewählte Leitung (Präsidium) wie bei der Magistratsverfassung. Ferner vereinige man die Bürgermeister, „Beigeordneten" und Dezernenten zu einem Kollegium, das über wichtige Verwaltungsfragen zu beschließen hat, sodaß der Oberbürgermeister genau wie in der Magistratsverfassung nur „**der Erste unter Gleichen**" ist. Nach diesen Operationen stimmt die Magistrats- mit der Bürgermeistereiverfassung und umgekehrt überein.

Auf dem Wege dieser Kombinationen kommt man zu dem „**Einkorpersystem**", wie es der **Görlitzer Parteitag** und die Erklärung der Sozialdemokraten auf dem preußischen Städtetag verlangte. Dieses ist also nichts absolut Eigenartiges und Neues, sondern nur die von Schlacken gereinigte, fortgebildete bisherige Einrichtung. Wenn im **Rheinland** jährlich viele Tausende Beschlüsse von den Stadtverordnetenversammlungen gefaßt werden, die nicht einer Korrektur eines Magistrats unterliegen, also strikte durchgeführt werden, so wird das wohl auch in **Mittel- und Ostpreußen** möglich sein. Und wenn wiederum in diesen Bezirken die Stadtverordnetenversammlung einen eigenen ehrenamtlichen Vorstand hat und auch der Oberbürgermeister die Leitung in der Hand haben kann, wenn über wichtige Verhaltungsfragen kollegial beraten und beschlossen wird, so wird das auch im Rheinland angehen. Es ist nur ein Festhalten an Vorrechten, wenn man sich gegen eine solche logische Weiterentwicklung des bestehenden Rechts wendet.

Man hat schon gesagt, es komme nicht auf die geschriebenen Worte in der Städteordnung an, sondern auf den **Geist** und das **Verständnis**, mit denen sie durchgeführt wird. Es ließe sich deshalb sehr wohl mit der Magistrats- als auch mit der Bürgermeistereiverfassung auskommen. Richtig! Wenn es bei der Magistratsverfassung zu verhältnismäßig wenig Konflikten zwischen dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung kommt, so nur, weil sich ersterer eben von selbst der letzteren meist unterordnet. Und wenn der Oberbürgermeister im Rheinland nur selten zaristische Gepflogenheiten hat, so nur, weil er meint, daß es so besser ist. Wenn aber diese Zusammenarbeit schon die Praxis vielfach mit sich gebracht hat, warum soll sie dann nicht im Gesetz festgelegt und „verankert" werden? Damit wird die Harmonie auch noch für den Rest der Fälle gesichert, in denen die nötige Einsicht der Beteiligten bislang fehlte.

Verantwortlich für leitenden Artikel, Politik und Feuilleton: F. O. H. **Schulz**, für Lokales, Gewerkschaftliches und Genossenschaftliches: i. V. **Alfred Strauß**, für Provinzielles und Allgemeines: **Alfred Strauß**, für den Anzeigenteil: **Wilh. Herzig**, sämtlich in Halle.

Raucht Zetko Gold,
in Qualität unerreichbar.

Walhalla
Dir. Josef Milos.
Heute Freitag:
1. Grosskampftag
Beendig. d. spannenden Entscheidungskampfes.
Hans Steinke - Randolfi
Deutscher Mstr. - Europa-Mstr.
Dieser Kampf gelangt zuerst zum Austrag.
Ferner ringen:
Bilkau - Schiele
Urbansky - Dittmann

Damen-Taschen
prima Leder, billigst
v Hugo Krasemann,
Lederwaren-Spezial-Geschäft
nur
Schmeerstraße 19.

Schülermützen
in bester Verarbeitung
Mützenfabrik
J. Kaliga, Gr. Klausstraße 35.

Zentral-Verband der Schuhmacher, Zahlstelle Halle.

Für die hiesigen Schuhmachergehilfen gelten für den Monat August folgende Löhne:
1. Klasse M. 23,—
2. Klasse M. 21,50 pro Stunde.

Wir ersuchen alle Kollegen, dafür Sorge zu tragen, daß in allen Werkstellen die Abmachungen eingehalten werden.

Amtliche Bekanntmachungen Halle a. S.

Bekanntmachung.

Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Berlin hat durch Erlaß vom 1. Juli 1922 für jubilierende Gesangvereine drei künstlerische Gedenkblätter gestiftet. Die Gedenkblätter werden aus Anlaß des 50-, 75- und 100 jährigen Vereinsjubiläums verliehen und zwar rückwirkend auch an solche Vereine, die seit dem 11. Juni 1921 ihr Jubiläum gefeiert haben. Für die Anträge auf Verleihung der Gedenkblätter ist eine einheitliche Form vorgeschrieben.

Nähere Auskunft wird im Personalbüro des Magistrats' Zimmer 15, erteilt.

Halle a. S., den 2. August 1922.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Für die Monate Juli und August cr. wird die Ablesung der Gasmesser und Stromzähler, sowie die Berechnung und Einziehung der zu zahlenden Beträge zusammen erfolgen.

Eine getrennte Ablesung und Einziehung findet nur bei den Großabnehmern statt.

Die in den Bekanntmachungen vom 12 6. und 3. 7. mitgeteilten Preise für Gas und Strom werden aufgehoben and es gelten nur noch die in der letzteren Bekanntmachung unter Absatz II angegebenen Preise **für Großabnehmer**. Für die übrigen Abnehmer werden für Juli und August cr. d. h. mit Wirkung nach der den Juniverbrauch bestimmenden Ablesung, folgende Preise festgesetzt:

a) für Gas:

Leucht-, Koch- und Heizgas . . . 6,60 ℳ per cbm
Kraftgas . . . . 5,40 ℳ „ „
Automatengas Form A . . . . 6.60 ℳ „ „
„ „ B . . . . 6,80 ℳ „ „

b) für Strom:

I. Abnehmer bis einschl. 50 Kilowatt Anschlußwert.

1. Zählertarif

a) **Licht** bis 5000 Kilowattstunden 11,80 ℳ, darüber 11.20 ℳ je Kilowattstunde,
b) **Kraft** bis 5000 Kilowattstunden 6 40 ℳ, darüber 5,80 ℳ je Kilowattstunde,

2. Pauschaltarif.

a) 74,— ℳ für 1 Pauschallampe oder ein durch Umschalter verbundenes Lampenpaar,
b) 41,— ℳ für eine automatische Treppenbeleuchtungslampe,
c) 23,55 ℳ für an Wechselstrom angeschloss. Klingeltransformatoren,
d) 47,10 ℳ für an Gleichstrom angeschloss. Klingeltransformatoren,
e) 7,— ℳ für Klingelanschlußapparate (Glimmlicht-Klingelanlagen)

} für Juli und August zusammen.

II. Abnehmer über 50 Kilowatt Anschlußwert.

Außer der Grundtaxe.

a) 4,75 M. je Kilowattstunde für die ersten 5000 Kilowattstunden.
b) 4.15 M. je Kilowattstunde für die nächsten 10 000 Kilowattstunden.
c) 3,95 M. je Kilowattstunde für weitere Kilowattstunden.

Halle, den 31. Juli 1922.

Der Magistrat.

Amtliche Bekanntmachungen Eisleben.

Auf Grund des § 936 a der Reichsversicherungsordnung wird für den Bezirk des Oberversicherungsamts Merseburg der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst landwirtschaftlicher Arbeiter nach Anhörung der Versicherungsämter, wie in der nachstehenden Zusammenstellung angegeben, hiermit geändert unter gleichzeitiger Außerkraftsetzung der Festsetzung vom 22. Oktober 1921 (Regierungsamtsblatt 1921 S. 249). Die Aenderungen treten am 1. Oktober 1922 in Kraft; sie gelten nur bis zur nächsten allgemeinen Festsetzung des Jahresarbeitsverdienstes (§ 936a R. V. O.).

Merseburg, den 21. Juli 1922.

Oberversicherungsamt.
Der Vorsitzende.
J. V. gez Listemann.

Laufende Nr.	Bezirk des Versicherungsamts	Festsetzung für Personen über 21 Jahre männl. ℳ	weibl. ℳ	von 16–21 Jahren männl. ℳ	weibl. ℳ	von 14–16 Jahren männl. ℳ	weibl. ℳ	unter 14 J. männl. ℳ	weibl. ℳ
1	pp. **Stadtkreis Eisleben** usw.	19600	10800	13800	9000	9000	7800	—	—

Tgb.-Nr. V 829.

Veröffentlicht.
Eisleben, den 28. Juli 1922.
Das Versicherungsamt Stadt Eisleben.
Waltsgott.

Auf Grund der §§ 149 bis 151 der Reichsversicherungsordnung wird nach Anhörung des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt und nach gutachtlicher Aeußerung der Versicherungsämter der Ortslohn in der aus der nachstehenden Nachweisung ersichtlichen Weise geändert unter gleichzeitiger Außerkraftsetzung der Festsetzung vom 22 Okt. 1922 (Regierungsamtsblatt 1921 S. 248). Die Aenderungen treten am 1. Oktober 1922 in Kraft; sie gelten nur bis zur nächsten allgemeinen Festsetzung des Ortslohnes (§ 151 Abs. 1 R.V.O.).

Merseburg, den 21. Juli 1922.

Oberversicherungsamt. Der Vorsitzende.
J. V.: gez. Listemann.

Lfd. Nr.	Bezirk des Versicherungsamts	Festsetzung für Personen über 21 Jahre männl. ℳ	weibl. ℳ	v. 16–21 Jahren männl. ℳ	weibl. ℳ	v. 14–16 Jahren männl. ℳ	weibl. ℳ	unter 14 Jahren männl. ℳ	weibl. ℳ
1.–3.	pp.								
4:	Mansfelder Seekreis und Stadt Eisleben	56	34	41	27	28	21	12	12
5.–7.	pp.								

Tgb.-Nr. V. 830.

Veröffentlicht.
Eisleben, den 28. Juli 1922.
Das Versicherungsamt Stadt Eisleben.
Waltsgott.

Amtliche Bekanntmachungen Piesteritz.

Bekanntmachung

betrifft Volksbibliothek

Die Volksbibliothek ist vom

Dienstag, den 8. ds. Mts.

wieder eröffnet. Die Ausgabe der Bücher erfolgt nunmehr in der neuen Mädchenschule und zwar im Lehrerkonferenzzimmer (1 Treppe). Im übrigen sind immer noch verschiedene Leser mit der Ablieferung der Bücher rückständig. Dieselben werden letztmalig aufgefordert, die Abgabe bestimmt bis Sonnabend, den 5. d. Mts. im Gemeindeamt, Zimmer Nr. 1 zu bewirken, widrigenfalls zwangsweise Einziehung auf Kosten der Säumigen evtl. Schadenersatzforderung zum Tagespreise erfolgt.

Piesteritz, den 2. August 1922.

Der Gemeindevorsteher.

Alte Strickwolle,
Lumpen, Alteisen, Metalle, Papier
aller Art kauft
Adolf Beer, Rohprodukte,
Halle a. d. S., Kutschgasse 2.
Fernruf 4797.

Rohstoff - Verwertungs - Gesellschaft
m. b. H.
Telephon 1577 Telephon 1577
Domplatz 9
zahlt die höchsten Tagespreise für
Lumpen, Knochen
Zeitungen, Bücher
Papierabfälle
Wein- u. Sektflaschen
Alteisen
Metalle, Felle.

Achtung! Achtung!
Empfehle prima
Fohlen- u. Roßfleisch,
sowie meine
ff. Wurstwaren.
Adolf Pfeiffer, Reilstr. 23,
früher **W. Bauerfeld.**

II. Teil. **Soeben erschienen!** II. Teil.
Aus der Betriebsrätepraxis
von Cl. Nörpel,
Sekretär der gewerkschaftl. Betriebsrätezentrale d. A. D. G. B und des Afa-Bundes.
Jeder Betriebsrat, Gewerkschaftsfunktionär und Vertrauensmann braucht neben **Flatow**, Kommentar zum Betriebsrätegesetz dieses wichtige Buch. — **Preis 70.—** Mark
Buchhandlung der Volksstimme
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 27.

Stellen finden.

Junge Stenotypistin
gewandt im Maschinenschreiben und an selbständiges Arbeiten gewöhnt, zum 1. Oktober d. J. gesucht.
Schriftliche Bewerbungen zu richten an die **Bezirksleitung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, Halle,** Dryanderstr. 10, I.

Mietsgesuche

Sehr solider, anspruchsloser Herr bittet um ein **möbliert.**
Zimmer
am liebsten Paulus Gegend, jedoch nicht Bedingung.
Off. unter **V. St. 122** an die Expedition dieses Blattes

Vermischtes

Portemonnaies
mit u. ohne Geldscheineinrichtung, in großer Auswahl
Friedr. Pietsch
Sattlermeister
Schwetschkestr. 41.

Schnürsenkel
Schuhkreme
Gummi-Absätze
kaufen Sie preiswert bei
Rob. Schmeisser
Gr. Märkerstr. 5.

Für
Ferien und Reise
Herren-Ausstattung.
Handschuhe,
Strumpf- u. Wollwaren,
Lederwaren,
Poröse Unterzeuge.
Damenwäsche.
G. Liebermann,
Geiststr. 42.

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der Volksstimme zu beziehen

Ein Posten
Grubenhemden
wieder eingetroffen.
Solange Vorrat Stück
128,50
und 198.50
Wäsche- u. Wollwar.-Lager.
Gr. Ulrichstr. 25

Speer
Bruchbänder, Leibbinden, Senkfußeinlagen
Fr. Speer, Halle (Saale),
Große Ulrichstraße 63
Krankenkassenlieferant.

Haltbare
Damentaschen
in großer Auswahl preiswert bei
Friedr. Pietsch,
Lederwaren-Spezialgeschäft.
Schwetschkestr. 41, nähe Steinweg.

Vereins-Anzeiger

zur
Bekanntgabe sämtlicher Veranstaltungen der Sozialdem. Partei,
Bezirksverband Halle. Harz 42/44. Fernruf 1611.
Ferner für die dem Allgem. deutschen Gewerkschaftsbunde angeschlossenen **Gewerkschaften** sowie die auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden **geselligen Vereine.**

Bitterfeld. Die Arbeiter-Jugend, Ortsgrupppe Bitterfeld, veranstaltet am **Sonnabend** den 5. August im „**Deutschen Haus**" einen **Elternabend.** Um regen Besuch bittet
Der Vorstand.
J. A.: R. Bormann.

Halle a. S. **Verband der Kupferschmiede Deutschlands.** Filiale **Halle a. S.** **Sonnabend**, den 5. August, **Mitgliederversammlung** in der „**Kette**". Die Versammlung mit dem Bericht vom Gew.-Kongreß in Leipzig findet 8 Tage später statt und wird noch rechtzeitig bekannt gegeben.

Eisleben. **Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Zahlst. Eisleben. Sonntag,** den 6. August, vorm. 9 Uhr: **Mitgliederversammlung** im „**Volkshaus**". **Die Ortsverwaltung.**
J. A.: R. Hendrich.

Mücheln. **Ortsverein der SPD. Sonntag,** den 6. August, abds. 1/2 8 Uhr im Gasthaus „**Roter Hirsch**" **Mitgliederversammlung.** Vollzähliges Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**

Wolfen. Jeden **1. Montag** im Monat **Parteiversammlung** in **Wiedes Gasthof, Wolfen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220804-13/fragment/page=0004

Halle und Saalkreisorte.

Halle den 4. August 1922.

Die Feier des 11. August.

Ein Erlaß des Ministers Severing.

Wie der amtliche preußische Pressedienst mitteilt, hat der Minister des Innern Severing unter dem 1. August folgenden Erlaß **an die** Ober- und Regierungspräsidenten herausgehen lassen:

Die **Reichsregierung** und das **Preußische Staatsministerium** haben beschlossen, den 11. August zur Erinnerung an die vor drei Jahren vollzogene Verfassung des Deutschen Reiches durch Veranstaltung von Festakten nicht nur in der Reichs- und Landeshauptstadt, sondern auch im ganzen Lande in angemessener Weise zu begehen. Wenn auch das Reichsgesetz über die Einführung eines National-Feiertages noch nicht verabschiedet ist und deshalb der 11. August in diesem Jahre noch nicht von der gesamten Bevölkerung als allgemeiner National-Feiertag begangen werden kann, so ist es doch Sache aller Behörden, der Bedeutung des Tages der Wiederherstellung der deutschen Einheit in würdiger Weise zu gedenken.

Zu diesem Zwecke wird folgendes angeordnet:

1. Sämtliche **Dienstgebäude** der inneren und der allgemeinen Verwaltung sowie die Gebäude der Selbstverwaltungskörper haben am 11. August entsprechend den Verfügungen vom 23. Juli 1922 usw. in den **Reichs- und Landesfarben zu flaggen.** Soweit einzelne Gemeinden oder Gemeindeverbände im Besitz von besonderen Flaggen (z. B. in den **Stadt- oder Provinzfarben**) sind, habe ich nichts dagegen einzuwenden, daß **neben** den Reichs- und Landesflaggen auch jene Farben gezeigt werden.

2. An allen Orten, die Sitz eines Oberpräsidiums oder einer Regierung sind, haben die Vorstände dieser Behörden sich mit den dort vertretenen anderen Landes- und Reichsbehörden unverzüglich ins Benehmen zu setzen, um möglichst gemeinsame Bestimmungen über eine würdige äußere Gestaltung der Feier herbeizuführen. Insbesondere empfehle ich, auch mit den Spitzen der Kommunalbehörden wegen Veranstaltung **gemeinsamer Feiern** Fühlung zu nehmen.

3. Wegen der äußeren Gestaltung der Feier im einzelnen (Ansprachen, gegebenenfalls auch musikalische oder deklamatorische Darbietungen und dergl.) wird den nachgeordneten Behörden weitestgehende Handlungsfreiheit gelassen, da die Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse eine einheitliche Regelung ausschließt. Von dem Takt der mit unterstellten Behörden erwarte ich, daß sie aller vermeintlichen Schwierigkeiten (wie z. B. Rang-, Raumfrage usw.) Herr werden, so daß auch nicht der Schatten eines Mißverständnisses oder einer Verstimmung zurückbleibt.

4. Die Bedeutung des Tages läßt es geboten erscheinen, daß an den Festakten sich nicht nur Vertreter der Zivilbehörden beteiligen, sonder daß auch **Vertreter der Bevölkerung** hinzugezogen werden. Ich bestimme deshalb, daß besondere Einladungen zur Teilnahme an den Festakten auch an die Spitzen der Militär- und Polizeibehörden, die Organisationen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, Handels- und Handwerkskammern, Innungen, Beamtenorganisationen usw. ergehen.

5. Sämtlichen Beamten der allgemeinen und der inneren Verwaltung ist, soweit sie nicht durch unaufschiebbare dienstliche Obliegenheiten in Anspruch genommen sind und soweit die räumlichen Verhältnisse es zulassen, auf ihren Wunsch die Teilnahme an den Feiern zu gestatten.

Ueber den Verlauf der Veranstaltungen ersucht der Minister um Berichte.

Heran an die Milchpantscher!

In einem Erlaß, der zur **Bekämpfung der Milchverfälschung** Stellung nimmt, fordert der preußische Wohlfahrtsminister, daß die **Polizeiverwaltungen dauernd den gesamten Milchverkehr vom Erzeuger bis zum Verbraucher** ständig in geeigneter Weise **überwachen.** Vor allen Dingen ist dafür Sorge zu tragen, daß die Milch **schon aus der ersten Hand** einwandfrei in den Verkehr gebracht wird. Nur dann kann mit Erfolg gegen solche Fälscher vorgegangen werden, die nachträglich mit der Milch Veränderungen vornehmen.

Den kapitalistischen Haien, die nicht davor zurückschrecken, Säuglingen, Kindern und Kranken das wichtige Nahrungsmittel zu verfälschen, muß mit Energie an den Kragen gegangen werden. Das ist das Scheußlichste im Wesen dieser Sorte „Ebenbilder Gottes", neben wucherischen Preisen auch noch den erbärmlichsten Betrug zu verüben. Stäupung und öffentliche Kennzeichnung diesen raffgierigen Charakteren.

Die „notleidende" Landwirtschaft.

Die Landbünde sind, wie mehrfache „Richtlinien" und Resolutionen einzelner Landbundbezirke zeigen, fest **entschlossen, die Umlage nach Kräften zu sabotieren.** Sie **wagen** in diesem Zusammenhang sogar von einer **Notlage der Landwirtschaft** zu reden. Wie im Gegenteil

die Agrarier und landwirtschaftlichen Händler Riesengewinne

durch den neuerlichen Sturz der Mark eingeheimst haben, beweist die folgende **Uebersicht** einer **volkswirtschaftlichen** Korrespondenz über die letzten Wochen. In ihr heißt es in bezug auf die Marktentwicklung landwirtschaftlicher Produkte u. a.:

„**Auf dem Getreidemarkt** hat sich in den letzten Wochen der **Inlandspreis** ganz dem **Dollarstand angepaßt.** Am 1. Juni wurde an der Berliner Produktenbörse Weizen der Zentner mit 685 Mark notiert, am Ende der vorigen Woche bewegte er sich zwischen 1110 und 1135 Mark. Roggen war in derselben Zeit von 540 auf 840 Mark hinaufgetrieben. Gerste stieg von 625 **auf** 990 Mark und Hafer von 572 auf 960 Mark.

Stellt man zu diesen Preisen den Kurs des Dollars im Vergleich, so ergibt sich, daß am 1. Juni der Dollar 271,75 stand, und **am** Ende der vorigen Woche um 550 pendelte. **Die Inlandspreise für Getreide sind mithin nahezu im gleichen Tempo wie der Dollar aufwärts gegangen.** Man kann auch umgekehrt sagen, der Inlandspreis ist dem amerikanischen Getreidepreis so gefolgt, wie dieser sich bei dem veränderten Dollarstand entwickeln mußte. Die Bewegung des Aulandspreises wird uns verständlich und **ist nicht** abzuwenden, die des Inlandspreises beruht auf **Spekulation am freien Getreidemarkt.**

Man kann sich vorstellen, welche

enormen Verdienste

in diesem kurzen Zeitraum aus den **Lagerbeständen** der **Landwirte** und der **Mühlen** eingeheimst wurden. Denn wie berichtet wird, sollen sich noch erhebliche Roggenbestände in Händen der Landwirte und des Handels befinden. Die vorjährige Ernte war so reichlich und die Spekulation hat mit dem Angebot so tapfer zurückgehalten, daß jetzt noch **große Mengen Roggen angeboten** werden, die nun zu den hohen Preisen Abnahme finden. Die Reichsgetreidestelle, die aus früheren Einkäufen ausländischen Weizen im Besitz hat, tauschte Weizen gegen Roggen um, wobei sie für 100 Zentner Weizen 130 Zentner Roggen erhielt.

Die Mühlen verstanden es, die Situation voll auszunützen. Weizenmehl, daß am 1. Juni mit 890 bis 950 Mark abgeschlossen wurde, ging jetzt auf 1600 Mark für den Zentner hinauf. Roggenmehl machte eine Preisbewegung von 662 Mark auf 1162 Mark durch. Bei diesen Gewinnchancen wächst natürlich in agrarischen Kreisen die Unzufriedenheit darüber, daß ihnen die Regierung zumutet, Weizen aus der kommenden Ernte zum Preise von 341 M. den Zentner abzuliefern. Sie verlangen die freie uneingeschränkte Ausnützung der Konjunktur, sie wollen in der Ausbeutung des Volkes keine Hemmungen haben."

Zur Kennzeichnung dieses Treibens der Getreidespekulanten gibt es nur **ein** Wort:

schamloser Wucher.

Wenn gegen diesen schärfste Front gemacht wird, herrscht dann obendrein noch „Unwille und Erregung" bei den Krautjunkern. Man stelle sich vor, wie hoch die Brotpreise heute stehen würden, wenn es der Sozialdemokratie nicht gelungen wäre, in heftigem Kampfe einen Teil der Umlage zu retten. Die Massen mögen daraus eine Lehre ziehen und die Sozialdemokratie im Kampfe gegen die Schädlinge in der deutschen Volkswirtschaft nach Kräften unterstützen.

Jungsozialisten!

Unser August-Programm.

Sonnabend/Sonntag, den 5. u. 6. Fahrt in die Dübener Heide.

Dienstag, den 8. Fortsetzung der Besprechung über die Reichsverfassung durch Genosse Müller.

Sonntag, den 13., nachmittags, Wanderung in die Heide.

Dienstag, den 15., Spiel und Volkstanz auf den Galgenbergen.

Sonntag, den 20., Wasserfahrt auf der Saale.

Dienstag, den 22., außerordentliche Mitgliederversammlung.

Sonnabend/Sonntag, den 26. u. 27., Fahrt in die Elsteraue und Schkeuditzer Holz.

Dienstag, den 29., Vortrag über „Die Kunst frei zu reden" von Genosse Reinhold Drescher.

Außerdem findet jeden Mittwoch im Jugendheim (Weidenplan) gemeinsam mit der Arbeiterjugend abends 8 Uhr Musikstunde statt.

Also am Sonnabend/Sonntag in die Dübener Heide. Wir treffen uns pünktlich 5 Uhr nachmittags am Hauptbahnhof. Decken und Musikinstrumente, wie Badezeug, ist mitzubringen. Keiner fehle! Die Fahrtkosten betragen etwa 30 Mark. —

„Jauchze mein Herz, und trinke dich satt an dieser Tage goldener Sonne, an dieser Farben köstlicher Freude, an dieser Ruhe voll schaffender Kraft . . . jauchze mein Herz, und trinke dich satt!" (Alltag und Sonne.) Der Vorstand

Wie wird das Wetter am Sonntag sein?

So, da haben wir den August erreicht, bald ist das Ende der großen Ferien da, die Abende werden länger und länger, und so wie die Tage kürzer werden, so sinkt der Wert der Mark und unaufhaltsam steigen die Preise. Ueber die schönen Lichtrechnungen, die uns demnächst im Winter zugehen werden, dürften uns die Augen übergehen. Wohin soll das noch führen?

Mit der Witterung konnte man im Allgemeinen etwas zufrieden sein in der letzten Zeit (26. Juli bis 2. August), wenn auch jeder Tag ein mehr oder weniger ausgedehntes Regengebiet über Deutschland aufwies. Am Sonntag war es wieder einmal sehr sommerlich warm, der Montag brachte verbreitete Gewitter. Vom Sonntag zum Montag fiel starker Regen im nordwestlichen Deutschland.

Ueber Nordeuropa ist z. Zt. ein umfangreiches Tiefdruckgebiet vorhanden, ein Minimum kommt vom Süden, während ein „Hoch" im W. bis SW. lagert, das durch einen hohen Druck mit einem zweiten „Hoch" im Osten in Verbindung steht. Es scheint, als wenn das „Hoch" eine stärkere Bedeutung erlangt. Wir erwarten deshalb einen **ziemlich schönen Sonntag,** der nur, veranlaßt durch Ausläufer des tiefen Drucks, **etwas von Gewitterneigung** beobrht sein dürfte. Etwaiger Regen dürfte daher **nur lokaler Natur** sein. Meist wird die **liebe Sonne scheinen** und es **recht gut meinen.**

Touristen-Verein „Die Naturfreunde". Heute, Freitag, abend (pünktlich) ½7 Uhr Zahlstellenversammlung der Ferienheim-Genossenschaft im Volkspark, Zimmer 3. — Abends ½8 Uhr **Monatsversammlung** im Volkspark, Zimmer 7. **Sonntag Arbeitsdienst** im Eisenhammer. Abfahrt Sonnabend 2.05, 3.14 und 7.05 Uhr. Anmelden bis Freitag abend.

Wallhallatheater. Der Ringerwettstreit nahm gestern abend seinen interessanten Fortgang. Urbanski besiegte seinen Gegner Macdonald nach hartem Kampf in 40 Minuten. Das zweite Kampfpaar, Max Steincke gegen Schiele, führte einen selten lebhaften und spannenden Kampf vor, aus welchem ersterer nach 33 Minuten als glücklicher Sieger hervorging. Beide Ringer ver-

Aus alten Mappen.

Königlich preußische Polizeilumpereien.

Nur noch **wenig vertraut** ist das **heranwachsende** Geschlecht mit den schamlosen Bübereien preußischer Polizeibeamten unter dem Ausnahmegesetz (1878—1890). Größer ist noch die Unkenntnis über ähnliche oder noch schlimmere Vorkommnisse in früherer Zeit. Der berüchtigste aller preußischen Polizeilumpen, so riesengroß deren Zahl im Laufe von acht Jahrzehnten auch angeschwollen sein mag, ist der Polizeirat **Stieber** aus Berlin, „Doktor der Rechte usw.", wie er sich in dem Briefe an Karl Marx unterzeichnet hat.

Nach Niederkartätschung der hungernden Weber von Peterswaldau (Schlesien) im Juni 1844 ließ sich bei Hirschberg in Schlesien der „Landschaftsmaler Imanuel Schmidt" studienhalber nieder. Das war der Kammergerichtsreferendar Stieber aus Berlin dem die politische Polizei eine besondere Aufgabe gestellt hatte. Er sollte den Nachweis erbringen, daß die niedergeknallten Krawalle die Folge geheimer politischer Verschwörungen gewesen seien, sintemalen es recht häßlich klang, wenn erzählt und geschrieben wurde, im gesegneten Staate des Preußenkönigs Friedrich Wilhelm IV. seien 35 vor Hunger rebellierende Weber vom Militär erschossen und 83 seien zu langjährigem Zuchthaus und zwei Dutzend Peitschenhieben verurteilt worden. Solche Strafen wurden der ehrbaren Bourgeoisie nur verständlich, wenn sie über heimtückische Verschwörer verhängt wurden. Darum brauchte der Berliner Polizeiminister eine Verschwörung, koste es, was es wolle. Stiebers Aufgabe war es, die Verschwörung zu entdecken. — Und er „entdeckte" sie. Im Handumdrehen war sie geschaffen worden. Der Tischlermeister Wurm in Morenbrunn war Leiter des „Geheimbundes", dem ein halbes Dutzend Arbeiter angehören sollten. Bei Wurm fand man ein „Geheimstatut", das als Zweck des Bundes die Vernichtung der Reichen hinstellte. Über dem harmlosen Tischlermeister dieses Ei ins Nest gelegt hatte, weiß Stieber allein. Genug, Wurm wurde wegen Hochverrats zum Tode verurteilt und durch hellstrahlende königliche Milde zu Zuchthaus begnadigt. Auch der Fabrikbesitzer Schlöfel in Eichberg und der Volksschullehrer Wander in Hirschberg, zwei ehrliche Demokraten, die für die Arbeiter eintraten, wurden von Stieber zur Strecke gebracht. Er hatte sich bereits als vollwertige Polizeikraft erwiesen und avancierte zum Polizeirat. Die Staatsretterei von „Verschwörungen" wurde sein Gewerbe. Im Kölner Kommunistenprozeß von 1852 leistete er sein Meisterstück.

Durch deutsche Flüchtlinge war 1834 in Paris der Geheimbund der „Gerechteten" gegründet worden. Innere Zerrissenheit infolge unklarer Erkenntnis führte 1836 eine Spaltung herbei. Die Ausgetretenen bildeten den „Bund der Gerechten". Ihre Revolutionsspielerei verursachte um 1840 ihre Ausweisung. Sie kamen nach London. Hier wurden sie später mit Marx und Engels bekannt. Sie gründeten den **Bund der Kommunisten.** Marx und Engels lehnten den Eintritt in den Bund ab, weil den Bestrebungen jede wissenschaftliche Sicherheit und Gründlichkeit fehlte. Endlich 1847 stellten die Führer des Bundes an Marx und Engels das Ersuchen, sie möchten in einem Manifest ihre Ueberzeugungen niederlegen, der Bund werde auf einem Kongreß darüber verhandeln und sich voraussichtlich mit Marx und Engels einverstanden erklären, da auch der Bund zu der Einsicht gekommen sei, daß mit Putschen und Verschwörungen nichts erreicht werde. Marx und Engels entwarfen nun das Kommunistische Manifest, dessen Grundsätze vom Kongreß der Kommunisten im Dezember 1847 nach heißesten Debatten angenommen worden waren. Das Manifest erschien im Februar 1848 in London. Der Bund der Kommunisten entsagte damit aller bisherigen Revolutionsspielerei und Geheimbündelei, er stellte sich auf den Boden der Wissenschaft und des offenen Ringens um die politische und wirtschaftliche Macht der Arbeit gegen das Kapital.

Nun traten auch Marx und Engels dem Bunde bei und wirkten für ihn. Die kommunistischen Phantasien, die an ihren Verschwörungen und Putschen festhalten wollten, bekämpften die neue Richtung als Verräter, konnten jedoch nicht hindern, daß die ernsten und denkenden Köpfe der neuen Fahne folgten.

Auch in Köln hatte sich eine Gruppe gebildet. Als 1849 wieder Revolutionen ausbrachen, forderten die Louis Blanc, Mazzini, Ledore Rollin, Kossuth, Ruge, Kinkel das tätige Mitwirken des Bundes der Kommunisten. Einige, darunter Schappen und Willich ließen sich betören; Marx und Engels leisteten dagegen entschiedenen Widerstand. Sie erkannten die Unmöglichkeit des Gelingens; die wirtschaftliche Entwicklung und die politische Reife waren noch nicht weit genug gediehen. Die Unterdrückung der Aufstände gab ihnen recht.

In Sachsen und Baden hatte preußische Militär die „Ordnung" wiederhergestellt. Aber die preußische Polizei lechzte nach erlösenden Taten. Sie mußte ihre Notwendigkeit beweisen. Stieber wollte arbeiten. Da wurden im Mai 1851 elf Mitglieder des Bundes der Kommunisten in Köln verhaftet, der Schneider Rothjung, der Zigarrenarbeiter Röser, der später fortschrittliche Landtagsabgeordnete Bürgers, der Arbeiter Reiff, Dr. Herm. Becker, später Oberbürgermeister von Köln, der Arzt Dr. Daniels, der Chemiker Otto, die Aerzte Dr. Abraham Jacobs und Dr. Klein, der Kemmis Ehrhard und der Schneider Lessner. Gegen sie wurde die Anklage wegen Hochverrats erhoben. Die Klage wurde auch auf den Dichter Freiligrath ausgedehnt, doch der befand sich bei Marx und Engels in London. Als belastendes Material hatte man nur das Kommunistische Manifest, die Statuten des Bundes, ein längst veröffentliches Anschreiben der Bundesleitung und einige gegenstandslose Briefe gefunden. Trotz eifrigsten Suchens war nichts weiter aufzuschnüffeln gewesen. Nach fünfmonatlicher Untersuchungshaft entschied der Senat des Kölner Gerichts, es liege kein objektiver Tatbestand für die Anklage vor, und — „die Untersuchung müsse aufs neue beginnen". Ein volles Jahr blieben die grundlos Verhafteten noch ihrer Freiheit beraubt, bis sie endlich am 4. Okt. 1852 vor die Geschworenen gestellt wurden. Die Verhandlungen dauerten bis zum 12. November.

Die Geschworenenbank wurde sein sauberlich filtriert. Alle höchst zuverlässig. Einige Krautjunker, hohe Bourgeois, Kammerherren, Regierungsräte, städtische Patrizier und ein Professor. Es konnte nicht fehlen. Und doch fehlte es. Obgleich die Regierung nach Aussage des Prokurators (Staatsanwalts) anderthalb Jahre lang „die angestrengteste und vielseitigste Tätigkeit entwickelt" hatte, war kein weiteres belastendes Material aufzutreiben gewesen. Und die Anklage stützte sich auf Bestrebungen, die die Verhafteten eben **nicht** verfolgten, sondern entschieden bekämpften und um deswillen sie von den anderen Kommunisten als Verräter beschimpft wurden. Guter Rat war teuer. Aber die Regierung hatte die Oeffentlichkeit so sehr mit „gefährlichen Verschwörungen" alarmiert, auf schreckliche Enthüllungen hingewiesen, die der Prozeß bringen werde, daß es für sie kein Zurück gab. Außerdem hatte die anderthalbjährige Haft angesehener Bürger zuviel Staub aufgewirbelt, als daß der Prozeß wie das Hornburger Schießen auslaufen durfte. **Stieber hilft** und der Berliner Polizeirat half. Er trat als Zeuge auf. Gleich nach der Verhaftung der Kölner war er nach London geeilt, um dort in Verbindung mit der preußischen Gesandtschaft Material zu sammeln. Durch Diebstahl kam er in den Besitz von sechzig Schriftstücken, die im Prozeß als „Archiv Dietz" Verwendung fanden. Aber Dietz war der Sekretär der Richtung Willich-Schnapper, die sich schon 1849 von Marx getrennt hatten und ihn wie auch seine Kölner Anhänger aufs äußerste bekämpften. Trotzdem ließen die Kölner Geschworenen das „Archiv Dietz" als Belastungsmaterial gelten, obwohl es absolut nichts gegen die Angeklagten enthielt. — Auch in Paris war Stieber gewesen. Hier hatte er mit einem moralischen Lumpen, der sich Chenoal nannte, aber ein wegen grober Unterschlagungen aus Deutschland geflüchteter Verbrecher namens Crämer war, eine unendlich verlogene Komödie gespielt und durch die Drohung, er werde Crämers Auslieferung an Deutschland erwirken, erreicht, daß Crämer ihm gefälschte Dokumente gegen die „Partei Marx" anfertigte. Auch diese Schurkerei wurde jedoch in Köln aufgedeckt, so daß Stieber trotz Lügens und Leugnens in eine gefährliche Stellung geriet. Da teilte er am 23. Oktober dem Gerichtspräsidenten mit, er habe neue wichtige Dokumente vorzulegen. Und er legte vor das „Original-Protokollbuch" der Gruppe Marx in London. Die Protokolle über Sitzungen, Ein- und Ausgänge usw. waren von W. Liebknecht unterzeichnet. Unser alter Parteikämpfer hieß jedoch Wilhelm Liebknecht, einen anderen seines Namens gab es nicht, und zum Ueberdruß befand sich im „Archiv Dietz" ein echter Brief von W. Liebknecht, der eine ganz andere Handschrift aufwies, als das „Original-Protokollbuch", das vom preußischen Polizeispitzel Hirsch in London auf Anweisung hin für Stieber schlankweg fabriziert worden war.

So standen die Aktien für die Regierung nach fünfwöchentlicher Dauer des Prozesses, dessen einzelne Phasen ungeheures Aufsehen gemacht hatten, so spottschlecht, daß allgemein mit einem Freispruch selbst seitens der siebenmal gesichten Geschworenenbank gerechnet wurde. Stieber war als Lügner zermalmt, die preußische Regierung vor Europa blamiert. Da hatten die Geschworenen ein Einsehen. Sie verurteilten Röser, Rothjung und Bürgers zu je sechs Jahren, Reiff, Otto, Becker zu je fünf Jahren und Laßmann zu drei Jahren Festungshaft. Die anderen wurden freigesprochen.

Stieber hatte den Staat wieder gerettet. Er wurde Polizeidirektor. Marx hat über den Prozeß später eine Broschüre veröffentlicht. Er überführt in derselben den Polizeirat Stieber mindestens eines Dutzends von Fälsch- und Meineiden. Geschadet hat das dem königlich preußischen Polizeibeamten nichts. Die Sippe der v. Manteuffel und v. Puttkamer wußte ihre Werkzeuge zu schützen, die für Thron und Altar kämpften.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220804-13/fragment/page=0005

dienen ein Sonderlob und wurden auch mit reichem Beifall bedacht. Das letzte Treffen Bilkau—Barkowski mußte nach 10 Min. Kampfdauer infolge Polizeistunde unterbrochen werden. Das Theater war wie immer voll besetzt. Heute abend ringen: Randolfi—Hans Steincke, Bilkau—Schiele, Urbanski—Max Steincke.

Warnung. In letzter Zeit sind in verschiedenen Städten zwei Unbekannte aufgetreten, die in der Nähe von Bankgeschäften und Sparkassen jungen Leuten, die dort Geld abgeholt hatten, unter irgendwelchem Vorwand Geldbeträge bis zu 100 000 Mark abschwindelten. Sie gaben sich als Steuerbeamte aus und erklärten, daß das Geld nach dem Geldinstitut zurückgebracht werden müßte. Die Beauftragten bezw. Geldboten waren im ersten Augenblick derart überrascht, daß sie den Gaunern das Geld überließen, womit diese schleunigst die Flucht ergriffen. Die Betrüger werden beschrieben als: 30 bis 35 Jahre alt, mittelgroß, schlank, bekleidet mit dunklem Anzug, weißem Strohhut, der erste hat kleine Warze am linken Auge. Der zweite ist etwa 35 Jahre alt, bekleidet mit dunklem Ueberzieher, auf Taille gearbeitet, hat grauen weichen Hut mit gleichfarbigem Band und großer flacher Krempe.

Die verlorene Eisenbahnfahrkarte. Daß jemand eine Eisenbahnfahrkarte verliert, kommt ziemlich oft vor. In der Regel findet sie sich bald wieder und so hat man nur den Schreck über den Verlust gehabt. Manchmal findet sie sich aber auch nicht wieder. Dann muß der Verlierer eine Art Strafe zahlen. Nach der Verkehrsordnung hat derjenige, der ohne Fahrkarte im Zuge betroffen wird und die Fahrkarte verloren hat und diesen Verlust nicht sofort genügend glaubhaft machen kann, für die ganze von ihm mit dem Zuge zurückgelegte Strecke den doppelten Fahrpreis zu zahlen. Ein Reisender fand bei der Kontrolle seine Fahrkarte nicht. Der Beamte erstattete Anzeige, der Reisende aber weigerte sich, die Strafe zu zahlen mit dem Hinweis, daß er an der Bahnsteigsperre die Karte gehabt und ein anderer sie gesehen habe. Die Eisenbahn ließ es auf eine gerichtliche Entscheidung ankommen, die den Mann freisprach. Denn es komme nicht darauf an, sagt das Urteil, ob der Angeklagte die Karte verloren, sondern ob er sie besessen habe. Dies sei durch den Zeugen bewiesen. Wer auf der Eisenbahn fährt, tut also gut, sich für alle Fälle eines Zeugen zu versichern, und sich dann nicht etwa ins Bockshorn jagen zu lassen, wenn er die Fahrkarte verliert.

Wetterbericht vom 3. August. Abend: Ein von Süden gekommener, nordöstwärts fortgeschrittenes Minimum hat östlich der Oder zum Teil sehr ergiebige Niederschläge veranlaßt, es meldet Danzig 34, Memel 39, Breslau 13 Millimeter. Westlich hiervon war das Wetter trockener und nur vereinzelt fielen mäßige Regenmengen. Ueber Nordeuropa ist noch immer ein umfangreiches Depressionsgebiet vorhanden, ein neues Minimum näherte sich nordwestlich Irland. Dauernd schönes und warmes Wetter erscheint noch nicht wahrscheinlich, wenn auch z. Zt. der von SW.- bis Zentraleuropa reichende hohe Druck überwiegend herrschend ist.

Voraussichtliches Wetter am 5. 8. (Sonnabend): Teilweise heiter, vorwiegend trocken, tagsüber ziemlich warm. 6. 8. (Sonntag): Abwechselnd heiter und wolkig, mittelwarm, vereinzelt Regenschauer, teilweise Gewitter. 7. 8. (Montag): Wolkig, zeitweise heiter, mäßig warm, strichweise etwas Regen.

Partei-Angelegenheiten.

Quartierkommission zum Mitteldeutschen Jugendtag. Morgen abend 7 Uhr Sitzung im Jugendheim, Zimmer 14.

*

Achtung. Kupferschmiede! Wir verweisen an dieser Stelle auf die am Sonnabend, den 5. August, stattfindende Mitgliederversammlung. (Siehe Inseratenteil.)

Zentralverband der Schuhmacher. Die Verbandskollegen finden im heutigen Inseratenteil eine wichtige Bekanntmachung.

Ammendorf. Das Kinderfest der drei Arbeiterparteien wurde unter riesiger Anteilnahme der Bevölkerung bei schönstem Wetter begangen. Punkt 2 Uhr setzten sich die Züge in Bewegung. Zwei Musikchöre und zahlreiche rote Fahnen sowie viele Blumengirlanden schmückten dieselben. Gegen 3 Uhr langten die Züge auf dem Festplatz an und gar bald herrschte ein reges Treiben und Leben auf demselben. Die Kinder wurden durch allerhand Spiele belustigt, erhielten freie Getränke nebst Gebäck. Die Erwachsenen nahmen an der Tombola, Blumenverlosung und an dem Preisschießen starken Anteil, während die Musik ihre Weisen ertönen ließ. Abends punkt 8 Uhr wurde zum Fackel- und Lampionzug durch den Ort angetreten. Wie eine riesige leuchtende Schlange bewegte sich der Zug durch die Straßen als Abschluß des schon verlaufenen Kinderfestes. Es mochten ungefähr 6000 bis 7000 Menschen auf dem Festplatze gewesen sein. Für die Erwachsenen war in der Broihanschenke noch ein Schlußball. Alles in allem, das Kinderfest war ein großes Volksfest für Ammendorf und hat gezeigt, was die Arbeiterschaft leisten kann, wenn sie einig ist. Möge die Arbeiterschaft von Ammendorf daraus die Lehre ziehen und auch in allen anderen Angelegenheiten den Wunsch des Proletariats zur Einigung praktisch und ohne jede Störung in die Tat umsetzen.

Provinz und Umgebung.

Der Massenbesuch auf der Miama, der Ausstellung des Wiederaufbaues.

Magdeburg 1922.

Der letzte Freitag, Sonnabend und Sonntag sind, begünstigt durch ein gutes Wetter, für die Ausstellung ein glänzender Erfolg gewesen. Insbesondere brachte der Sonntag einen Massenbesuch, der sich auf nahezu 70 000 Personen belief. Die Eintrittseinnahme für den Monat Juli übertrifft alle Erwartungen, trotzdem das Wetter in den letzten Wochen nicht gerade entsprechend war. Die Ausstellung ist, wie mit Genugtuung festgestellt werden kann, auch an den Wochentagen sehr zahlreich besucht. Die Statistik des Tageskartenverbrauches erhebt sich weit über den Durchschnitt der Besucherzahl selbst großer internationaler Ausstellungen der Vorkriegszeit. Magdeburg kann also mit dem Erfolg, den die Miama bisher gehabt hat, in hohem Grade zufrieden sein.

Für die Monate August und September, die insbesondere im Zeichen der Tagungen größerer Kongresse stehen — es sind deren ungefähr 75 sowie eine ganze Reihe von Extrazügen und Gesellschaftsfahrten gemeldet — wird ein noch größerer Erfolg der Ausstellung erwartet, um so mehr, als die mündliche Propaganda der bisherigen Ausstellungsinhaber die Miama noch populärer machen wird, als sie es bis jetzt bereits geworden ist. Der denkbar größte Teil der bisherigen Besucher setzt sich erfreulicherweise aus auswärtigen Gästen zusammen, die aus allen Teilen der Provinz und des Reiches nach Magdeburg zur Miama kommen. Der internationale Besuch war gleichfalls recht befriedigend. Es sind außerordentlich beträchtliche Geschäftsabschlüsse, zum Teil auch mit dem Auslande getätigt worden.

Hinweg mit den monarchistischen Hoheitszeichen!

Der preußische Minister des Innern und der preußische Finanzminister haben an die preußischen Behörden eine Verfügung gerichtet, die auf die **Entfernung monarchistischer Hoheitszeichen** Bezug nimmt. Einleitend heißt es, daß sich infolge der fortgesetzten gegen den Bestand der Republik gerichteten verbrecherischen Umtriebe innerhalb weiter Bevölkerungskreise eine tiefgehende Erregung breitmacht, die weiter genährt wird durch die an vielen Orten immer noch sichtbaren Zeichen der früheren monarchischen Staatsform. Da das Vorhandensein von Hoheitszeichen vergangener Monarchen geeignet erscheint, die allgemeine Erregung und Spannung zu erhöhen und dadurch eine Gefahr für die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung bestehe, wird angeordnet, daß die früheren monarchischen Hoheitszeichen an und in sämtlichen staatlichen und kommunalen Dienstgebäuden und Diensträumen sowie an allen anderen von dem Publikum zugänglichen oder sichtbaren als amtlich gekennzeichneten Stellen unverzüglich entfernt werden. Es müssen danach also auch an den Wegtafeln, an Meilensteinen und Schildern alle „Kgl." und andere Erinnerungen an die Monarchie entfernt werden. Ausnahmen sind nur bei Bauwerken zulässig, wenn die Beseitigung der früheren Hoheitszeichen nicht ohne Zerstörung eines besonderen Kunstwertes möglich ist. Sämtliche Bilder, Büsten, Statuen und andere Darstellungen Wilhelms II., seiner Frau, seiner Geschwister und Kinder sind an den bezeichneten Stellen zu entfernen. Für die Bilder anderer Hohenzollern bleiben die bestehenden Vorschriften in Kraft.

So mancher, der da mit heimlichem wohlgefälligen Lächeln das Geld der Republik einstreicht, hat aus reiner Provokation sein „Kgl." am Schilde prangen. Damit ist nun Schluß! Weg mit den Resten untergegangener „Herrlichkeiten"!

Das Unwetter im Landkreis Weißenfels.

Ueber hundert Millionen Mark Unwetterschaden.

Der furchtbare Hagelschaden läßt sich in seinem ganzen Umfange erst aus den Feststellungen erkennen, die gestern vom Landratsamt Weißenfels angestellt worden bezw. bei ihm eingegangen sind. Danach ist im Landkreise Weißenfels auf einer Fläche von **25 000 Morgen die Ernte entweder völlig oder zu einem großen Teile vernichtet. Demnach würde der Schaden hundert Millionen weit übersteigen.** Hier wird, wenn nicht Hunderte von mittleren und kleinen landwirtschaftlichen Existenzen vernichtet werden sollen, staatliche Unterstützung und Kredithilfe in weitem Maße eingreifen und die Getreideumlage völlig erlassen werden müssen.

Weißenfels. Mitgliederversammlung der S.P.D. Am vergangener Donnerstag fand im Stadttheater unsere Mitgliederversammlung statt. Genosse Kuthe gab den Kassenbericht über das 2. Quartal. Es ist wie überall, das Geld sehr knapp. Deshalb sind freiwillige Spenden sehr willkommen. Die Kasse war geprüft und in Ordnung gefunden. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Die Unterkassierung ist jetzt auch besser geregelt, so daß jeder regelmäßig kassiert wird. Dann gab Genossin Bach den Bericht vom Bezirksfrauentag und Genosse Keidel vom Bezirkstag. Die beiden Tagungen sind ja in der Presse schon zur Genüge behandelt, daß ein näheres Eingehen nicht nötig ist. In der Aussprache, die sehr rege war, wurde vor allem darüber geklagt, daß auf unseren Tagungen der Punkt Presse nicht genügend Beachtung findet. Und gerade die Presse erfordert unsere volle Aufmerksamkeit. Auch hier muß alles versucht werden, um unsere Presse zu heben, sammelt Abonnenten. Jeder Parteigenosse muß sein Parteiblatt, die „Volksstimme" lesen.

Weißenfels. Sprechchor zum Waldfest. Wir verweisen nochmals auf die heute abend stattfindende Probe zum Weihespiel „Erlösung" um 8 Uhr im „Tivoli" in der Schloßgasse. Jeder gewerkschaftlich Organisierte hat die Pflicht, sich durch Mitwirkung im Sprechchor aktiv am gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Waldfest, das am 13. August auf dem Weißen Berg bei Leisling stattfindet, zu beteiligen. Unkosten entstehen den Mitwirkenden keine.

Weißenfels. Millionenanleihe für Wohnungsbau. Zur Förderung der Bautätigkeit und Linderung der Wohnungsnot beantragte der Wohnungs- und Siedlungsausschuß des Kreistages die Aufnahme einer Anleihe von fünf Millionen Mark. Der Kreistag beschloß die Aufnahme der Anleihe, die nach den verfügbaren Mitteln auf 10 Millionen erhöht werden kann. Weiterhin stimmte der Kreistag dem Dringlichkeitsantrage zu, aus laufenden Kreismitteln den Betrag von 5 Millionen Mark auszuwerfen. Damit und mit den zur Verfügung stehenden Mitteln aus dem Landesdarlehnsfonds und den Beiträgen der Grubengesellschaften stehen dem Kreise rund 25 Millionen Mark für sofort in Angriff zu nehmende Wohnungsbauten zur Verfügung.

Weißenfels. Konsumvereinsversammlung im „Herrmannsgarten". Heute abend findet die Bezirksversammlung für die Konsumvereinsverteilungsstelle in der Kleinen Deichstraße (Lager 3) statt. Und zwar um 8 Uhr im „Herrmannsgarten". Die wichtige Tagesordnung und die Wahlen zum Genossenschaftsrat und zur Genossenschaftlichen Hausfrauengilde machen das Erscheinen aller Mitglieder dieses Bezirks, insbesondere der Frauen, notwendig. Gäste sind willkommen. — Wir weisen darauf hin, daß die interessanten Preisvergleiche, die in der Konsumvereinsversammlung im „Tivoli" gezeigt wurden, jetzt im Schaufenster in der Leipziger Straße 10 ausgestellt sind. Sie zeigen, daß der Konsumverein das billigste Geschäft in Weißenfels ist.

— Zucker für 16 Mark verteilt der Konsumverein Weißenfels-Naumburg an seine Mitglieder auf Grund der Umsatzhöhe im letzten Geschäftsjahr. Für je 2000 Mark Umsatz gibt es 1 Pfund Zucker. Das ist eine sinngemäße Belohnung für diejenigen Mitglieder, welche treu im Konsum gekauft haben. Es spornt gleichzeitig die übrigen an, sämtliche Waren nur in ihrem eigenen Geschäft, das heißt im Konsumverein, zu kaufen.

Naumburg. Astbruch. Gestern vormittag stürzte in einer Straße vor den Toren ein großer Platanenast in demselben Augenblicke über einen Gartenzaun auf das Straßenpflaster, in dem eine Frau diese Stelle passieren wollte. Sie wurde von dem schweren Aste auf den Kopf getroffen und zur Erde geworfen. Der Inhalt der Marktkorbes kollerte halb zerbeult um sie herum. Erfreulicherweise vermochte sich die Frau mit Hilfe Herzueilender wieder zu erheben und es schien auch, als ob ihr der unglückliche Zufall außer heftigem Kopfschmerz keinen gesundheitlichen Schaden zugefügt hätte.

Helfta. Gemeindevertretersitzung. Heute, Freitag, abends 6½ Uhr findet im Sitzungszimmer des Gemeindehauses eine öffentliche Gemeindevertretersitzung mit folgender Tagesordnung statt: Vergebung der Bauarbeiten zum Neubau eines Vierfamilienhauses an der Unterrißdorfer Straße. Antrag Küster: Festsetzung der Bedingungen für die Verpachtung des diesjährigen Pflaumenanhangs.

— Verpachtung. Bei der Verpachtung des diesjährigen Birnen- und Aepfelanhanges an der Querfurter Straße und in der Trift erhielt Herr Hermann Bangert mit 10 100 Mark den Zuschlag. Im Vorjahre wurden etwa 2500 Mark erzielt. (Das wird schöne Obstpreise geben!)

— Freidenker. Das Ortskartell in Helfta befaßte sich in der letzten Sitzung mit der Gründung einer Freidenkergruppe in Helfta. Es wurde beschlossen, die Gründung sofort in die Wege zu leiten. Alle Freidenker werden gebeten, sich bei dem Genossen Hermann Hönniger im Konsum in das dort ausliegende Verzeichnis einzutragen. Eine Mitgliederversammlung wird alsbald stattfinden. Später soll eine öffentliche Versammlung zur Aufklärung der Einwohnerschaft über diese Frage stattfinden.

Roßla. Die Deputate der Landarbeiter sind zum Zwecke des Steuerabzuges wie folgt festgesetzt worden: die Wohnung im Werte von 300 Mark, das Deputatland der Morgen Land im Werte von 2000 Mark; Getreide, Hülsenfrüchte, Kartoffeln: Getreide, der Zentner 345 Mark, Hülsenfrüchte 690 Mark, Kartoffeln je Zentner 100 Mark; Streu oder Bettstroh, wenn es nicht als Dünger zurückgegeben wird, der Zentner mit 30 Mark; die Pferdegespannstunde 30 Mark, Ochsen 20 Mark, Kost je Kopf und Tag 15 Mark. — Nach einer Bekanntmachung des Kreiswirtschaftsamtes Sangerhausen hat der Provinzausschuß zur Ermittelung der Kartoffelpreise für Frühkartoffeln einen Angemessenheitspreis von 300—350 Mark festgesetzt. Der Preis versteht sich frei Erzeugerstation und Marktort.

Wallhausen. Gefährliches Spiel. Vorgestern spielte der Sohn des Fabrikarbeiters W. mit noch zwei Knaben am sogenannten Wehr. Er stürzte dabei ins Wasser und war bald dem Ertrinken nahe. Der Sohn des Obsthändlers Meister, hier, welcher am Wehr beschäftigt war, sprang ihm nach und zog ihn ganz ermattet heraus. Durch schnell herbeigeholte Hilfe kam er bald zum Bewußtsein zurück.

Bitterfeld. Ein Appell an die Arbeiterschaft! Das große Arbeiter-Turn- und Sportfest in Leipzig ist vorüber, und hat sehr großen nachhaltigen Eindruck in der ganzen Welt hinterlassen. Bedauerlicherweise kann man so Großes von den Arbeitergesangvereinen noch nicht sagen, obwohl auch da schon Vorzügliches geleistet wird. Dieses liegt vor allen Dingen daran, weil noch sehr viele Arbeiter sich in Vereinen aufhalten, in denen man sie weniger als gesellschaftlich gleichberechtigte Menschen, umsomehr aber doch die Stimme braucht. Dieses sollten sich viele Sangesbrüder, welche sich in bürgerlichen Vereinen aufhalten, einmal vor Augen halten und das Verkehrte ihres Handelns wird ihnen sofort klar. Viele Arbeiter stehen aber ganz abseits und haben überhaupt keinen Drang, den Arbeitergesang zu pflegen. Höchstens, daß sie demselben Genüge getan zu haben glauben, wenn einmal bei einer Geburtstagsfeier „Hoch soll er leben usw." „gesungen" wird. Das muß anders werden! Der Arbeitersängerbund gibt sich die erdenklichste Mühe, tüchtige Chöre heranzubilden und vieles ist schon geleistet worden. Die Arbeitersänger stellen sich zu jeder Zeit in den Dienst der Arbeitersache. Dann hat auch jeder Arbeiter die Pflicht, wenn er einigermaßen Stimme hat, sich dem Arbeitergesangverein anzuschließen. In Bitterfeld läßt dieses aber viel zu wünschen übrig. Der Arbeitersängerchor Bitterfeld hat durch seine Konzerte bewiesen, daß es ihm ernst um die Pflege des Arbeitergesanges ist. Derselbe bereitet für den Herbst wieder ein größeres Konzert vor. Letzten Endes doch nur, um der Arbeiterschaft den Verhältnissen nach billigen Kunstgenuß zu bieten. Wer gewillt ist, daran mitzuarbeiten, ist jeder Zeit willkommen. Anmeldungen in der Singestunde, Donnerstag, im Restaurant Bürgergarten, und beim Vorsitzenden G. Schnürpel, W.-Rathenau-Straße 19.

Bitterfeld. Elternabend der Arbeiterjugend. Morgen, Sonnabend, veranstaltet im „Deutschen Haus" die hiesige Arbeiterjugend einen Elternabend. Im Hinblick auf das heutige Inserat möchten wir im Interesse der Bewegung auch an dieser Stelle die Eltern auf den Besuch dieses Abends aufmerksam machen.

Wittenberg. Ein Taschenmarder. 120 Mark entwendete ein Laufbursche auf seiner Arbeitsstelle einem Angestellten. Derselbe hatte in der Garderobe die Taschen und Brieftaschen auf ihren Inhalt untersucht und dabei war ihm das Geld in die Hände gefallen.

Liebenwerda. Ein verrücktes Huhn! In Mückenberg im Kreise Liebenwerda feuerte ein Grubenarbeiter aus Aerger darüber, daß er an einem Feuerwehrfeste nur als Zuschauer teilnehmen konnte, fünf Revolverschüsse in die Festgesellschaft. Eine Frau und ein Kind wurden, zum Glück leicht, verletzt. Der Mann wurde halbtot geschlagen.

Provinz-Chronik.

Radler-Sturz. In Garnsdorf bei Saalfeld kam ein Radfahrer auf dem Wege nach seiner Arbeitsstätte zu Fall. Er wurde bewußtlos nach dem Krankenhause gebracht.

Vom Gespann erschlagen. Großpaschleben. Der Führer eines Maultiergespannes wurde von seinen durchgehenden Tieren so heftig gegen den Kopf geschlagen, daß er einen Schädelbruch erlitt, an dem er auf der Stelle starb.

Ertrunken. In einer Ausschachtung hinter der Emmanuelsgrube bei Mückenberg ertrank die Arbeiterin Emma Kullmann aus Dolsthaida. Sie war bei der Arbeit die steile Böschung hinabgeglitten.

Selbstmord im Wasserfaß. In einer Schwermutsanwandlung hat sich in Bad Sulza eine Frau K. aus Berlin in einem Wasserfasse auf dem Hofe ertränkt.

Brand eines Güterwagens. Auf dem Nordhäuser Güterbahnhof geriet ein Waggon Flachs in Brand. Er wurde völlig vernichtet. Ueber die Entstehungsursache ist nichts bekannt.

Der Tod im Kurhaus. Im Kurhause tot aufgefunden wurde in Bleicherode ein Fräulein Gertrud Furchheim aus Berlin. Anscheinend liegt Selbstmord durch Vergiftung vor.

Der Reisegefährte.

Wenn auch nicht täglich, so ist er doch sehr oft mein Reisegefährte. Ein alter Mann ist es mit leicht gekrümmtem Rücken und bedächtigen Bewegungen. Irgendeine schwere Last hat er immer zu schleppen. Er ist einer von jenen kleinen Elementen, die mit irgendetwas Brauchbarem aus dem Lande her die Großstadt versorgen. Es ist nicht leicht, an ihn heranzukommen. Ein Mißtrauen, das in seinen blauen, runzelumfältelten Augen lauert, schlummert eigentlich niemals ganz ein. Mag das Gespräch im Bahnwagen auch noch so laut und lebhaft wogen, er beteiligt sich fast niemals daran. Dieses Abseitsstehen quillt ihm aber nicht aus Gleichgültigkeit, sondern aus Menschenverachtung. Denn er kennt die Menschen. Er weiß, daß diejenigen, die heute Hosiannah jubeln, morgen „Kreuzige ihn" rasen. Eine lange Lebenserfahrung hat es ihn gelehrt, daß nur die wenigsten Menschen sich vertiefen lassen, daß Oberflächlichkeit die Losung unserer Zeit ist. Da macht er nicht mit.

Auch beim jüngsten Streik sollte er Recht behalten. So wie er es eigentlich recht in seinem Innersten meinte, darüber hat er wohl nur zu mir gesprochen. Er hat niemand getadelt und auf nichts gescholten. Daß aber Leute sich fanden, die ihre Mitmenschen ohne Wasser und ohne Licht ließen, darüber kam er nicht hinfort. Er hat nur immer den Kopf geschüttelt. Ganz langsam und bedächtig hat er das getan, wie das so seine Art ist.

Es muß eine putzige Art sein, wie wir beide uns unterhalten. Mir geht es wenigstens so, daß ich mich ganz seiner kargen Wortknappheit angepaßt habe. Abgerissen gehen ein paar Worte, die sich nur ganz selten zu Sätzen formen, hin und her. Mehr als hundert werden's in der halben Stunde, die wir nebeneinandersitzend fahren, kaum sein. Ich sehe dabei das Gesicht meines Nachbars nur von der Seite, die starke und gerade geformte Nase, die schmalen, glattrasierten Lippen, die unter dem Mützenschirm fast niedrig wirkende Stirn, und das eigensinnig vorspringende Kinn. Aber alles an dem Mann, mag er schweigen, mag er reden, hat nur eine Deutung: der weiß, was er will! . . .

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220804-13/fragment/page=0006